Hausdurchsuchungen), andere Unterstützungsverweigerung. Man darf diesen Unterschied jedoch nicht überbetonen. Gerade durch den Mißbrauch von Bürgerrechten – wie der Schutzbestimmungen gegen illegale Durchsuchung und Beschlagnahme im vierten Verfassungszusatz – setzen Wohlfahrtsbehörden die Empfänger unter Druck, entziehen ihnen die Unterstützung, und halten andere davon ab, Anträge zu stellen. Daraus ergibt sich, daß die Verletzung von Bürgerrechten selbst ein nicht unwichtiges Mittel gewesen ist, um die Zahl der Empfänger gering zu halten.

22 U.S. Senate, Committee on Appropriations, S. 1662-1670 (gekürzt).

23 Levitan, S. 179.

24 Levitan, S. 188.

25 Das Center erhielt zunächst auch einen anfänglichen Zuschuß vom Stern Family Fund.

26 Levitan, S. 188.

27 Ihr Interesse wurde durch ein Manuskript – mit dem Titel *Einige Strategien zur Mobilisierung der Armen (Mobilizing the Poor: How It Can Be Done)* – gefördert, das wir gegen Ende 1965 unter Aktivisten, Mitarbeitern der Anti-Armutsorgane und Vertretern von Organisationen der Wohlfahrtsempfänger verteilten, und in dem wir sie aufforderten, eine Bewegung zu bilden mit dem ausdrücklichen Ziel, Hunderttausenden von Familien Sozialfürsorge zu verschaffen. Zu dieser Zeit hatten wir nämlich genügend Material, um zu wissen, daß nur die Hälfte der unterstützungsberechtigten Armen auf den Listen standen. Wir argumentierten darin auch, daß Kampagnen zur Verdoppelung und Verdreifachung der Zahl der Wohlfahrtsempfänger beträchtlichen Druck auf eine bundesweite Reform des Fürsorgesystems, vielleicht in Richtung auf ein garantiertes Mindesteinkommen, erzeugen würde. Eine rasche Ausweitung öffentlicher Unterstützung würde die schwerfällige Wohlfahrtsbürokratie durcheinanderbringen, die Gemeinden, in denen die bestehenden Steuereinkünfte bereits nicht mehr ausreichten, in noch stärkere finanzielle Schwierigkeiten bringen und zu politischer Unruhe führen, da die alarmierte Wählerschaft über die Frage, wie man diesen Störfaktor in der Lokalpolitik überwinden könne, gespalten war. Um mit diesen Problemen fertig zu werden, so argumentierten wir, würden Bürgermeister und Gouverneure mit wachsender Beharrlichkeit von der Bundesregierung fordern, ein vom Bund finanziertes Mindesteinkommen einzuführen. Dieser Aufruf für die Mobilisierung eines bundesweiten Drucks auf die Fürsorgebehörden wurde kurze Zeit später in *The Nation* unter dem Titel *Eine Strategie zur Beendigung der Armut (A Strategy to End Poverty)* veröffentlicht. Unsere Formulierung wurde im folgenden die »Krisentheorie« der Wohlfahrtsrechtsbewegung genannt; zwar war sie sicherlich nicht verantwortlich für die zunehmenden Proteste gegen die Wohlfahrtsverwaltungen, doch trug sie wahrscheinlich dazu bei, diese Proteste zu verbreiten und ihnen eine Richtung zu weisen.

28 Bundesvorsitzende ist eine AFDC-Empfängerin aus Watts, Johnnie Tillmon; stellvertretende Vorsitzende ist Beulah Sanders, Leiterin des City-Wide Coordinating Committee of Welfare Groups in New York City; anfänglich waren auch Etta Horn, Leiterin einer Gruppe von Fürsorgeempfängern in Washington, D.C., und Carmen Olivo, Leiterin einer Gruppe Puertorikanischer Empfänger auf der Lower East Side von New York, stellvertretende Vorsitzende.

29 An einem Zeitpunkt dieser Periode (Frühjahr und Sommer 1968) richtete die Wohlfahrtsverwaltung in ihrer Hauptgeschäftsstelle einen besonderen »Krisenraum«, voll von Telefonen und Behördenpersonal, ein, um mit den Dutzenden von Demonstrationen in den weit auseinanderliegenden Distriktbüros der Stadt Schritt halten zu können. Diese Kampagnen wurden von Hulbert James angeführt; ebenso

erfolgreiche Kampagnen wurden in Boston von William Pastreich organisiert.

30 U.S. Department of Health, Education and Welfare, S. 49.

31 Wie aus dieser Analyse hervorgeht, wäre der Beitrag der NWRO zur Wohlfahrtsexplosion größer gewesen, hätte sie weniger Ressourcen auf die Organisierung der Armen verwandt, die bereits Empfänger waren, und die Mobilisierung desjenigen Teils der Armutsbevölkerung, der noch keine Unterstützung erhielt, stärker betont. Die NWRO hat es dagegen in der Regel für wichtiger gehalten, die Zahl ihrer Mitglieder statt die Zahl der Wohlfahrtsempfänger zu erhöhen (in der zweifelhaften Annahme, daß die Armen durch beständige Mitgliedschaft in Organisationen politische Macht entwickeln können).

32 Zum Zeitpunkt, da dies geschrieben wird, arbeiten schätzungsweise mehr als zweihundert VISTA-Freiwillige an der Organisierung von Wohlfahrtsempfängern. Sie sind in jeder Hinsicht die wichtigste organisatorische Quelle der NWRO gewesen, wenn auch einige Organisationsversuche durch private Beiträge, vor allem durch Kirchenzuschüsse, finanziert worden sind. Die zahlreichen Empfängergruppen in Brooklyn wurden z. B. von der dortigen Katholischen Erzdiözese finanziert.

33 Auch einige lokale Gruppen haben direkte Regierungszuschüsse erhalten, überwiegend durch das OEO. Zum Beispiel erhielt das City Wide Coordinating Commitee of Welfare Groups in New York im Sommer 1968 vom OEO einen Betrag von 25 000 Dollar.

34 Alle größeren Fernsehanstalten haben in letzter Zeit einen oder mehr Dokumentarberichte über die Problematik der Wohlfahrtsansprüche erstellt und zur besten Sendezeit ausgestrahlt. Auch die meisten größeren Zeitschriften des Landes, von denen einige die Armutsbevölkerung erreichen, haben längere Artikel gebracht; die Berichterstattung in den Zeitungen – vor allem über Proteste und Demonstrationen – ist unübersehbar geworden.

35 Die Artikelserie, die von Michael Clendenin und Donald Singleton geschrieben wurde, erschien am 25., 26. und 27. Oktober 1967.

36 Maryland State Department of Public Welfare, S. 36. Die National Welfare Rights Organisation findet hier keine Erwähnung, weil sie erst im Frühjahr 1966 gegründet wurde.

37 Angaben über die Zahl der Unterstützungsanträge sind leider meist ziemlich irreführend; das liegt zum einen daran, daß die Einzelstaaten »Anträge« unterschiedlich definieren, zum anderen an der gebräuchlichen Praxis, aus einer Kategorie in eine andere transferierte Unterstützungsfälle in der einen Kategorie als Streichungen, in der anderen als Neuanträge zu führen. Trotz dieser erheblichen Berechnungsschwierigkeiten beziehen wir Daten über Anträge – und den Anteil bewilligter Anträge – als grobe Indikatoren über das Verhältnis zwischen der Armutsbevölkerung und den Fürsorgebehörden in unsere Analyse ein. Wir haben jedoch keine Daten über Streichungen angeführt, da diese noch größeren Definitions- und Interpretationsproblemen unterliegen. In letzter Hinsicht sind die sichersten Daten die über die Listen der Wohlfahrtsempfänger selbst.

38 Aus zwei Gründen setzt diese Zahl die tatsächlichen Unterschiede der Antragsraten vor und nach 1964 zu gering an. Zunächst führte die Verabschiedung von AFDC-UP im Mai 1961 zur pauschalen Überweisung zehntausender von Unterstützungsfällen aus anderen Kategorien, vor allem der Kategorie »allgemeine Unterstützung«, ins AFDC-Programm – eine Praxis, zu der die Einzelstaaten übergingen, um die neuen Bundesbestimmungen über die Ersetzung ihrer Wohlfahrtsausgaben voll ausschöpfen zu können. Pennsylvania war einer der ersten Staaten, der entsprechende Maßnahmen ergriff. Im April erhielt Pennsylvania insgesamt 4400 AFDC-

Anträge, im Mai dagegen 18 000; das war ein Anstieg um mehr als 13 000 Anträge innerhalb eines einzigen Monats. Von diesen 18 000 Anträgen waren 14 000 UP-Anträge; die meisten von ihnen waren jedoch keine Neuanträge, sondern Überweisungen von der »allgemeinen Unterstützung«.(Die vorher erwähnte Praxis kommt hier zum Tragen: wird ein Fall von einer Kategorie zu einer anderen überwiesen, wird er in der ersten als Streichung, in der anderen als Neuantrag gewertet.) Daß die meisten der 14 000 UP-Anträge Überweisungen waren, geht aus der Tatsache hervor, daß die Zahl der Empfänger »allgemeiner Unterstützung« in Pennsylvania zwischen April und Mai von 54 000 auf 36 000 fiel – ein Rückgang von 18 000 Unterstützungsfällen. Zum gleichen Ergebnis kommt die Analyse der Daten aus allen 10 Bundesstaaten, in denen AFDC-UP zwischen April und Dezember 1961 anlief (Connecticut, Delaware, Illinois, Maryland, Massachusetts, New York, North Carolina, Oklahoma, Pennsylvania, Rhode Island, Utah, Washington, West Virginia). Im April betrug ihre Gesamtzahl der Fälle »allgemeiner Unterstützung« 212 000; im Dezember war sie auf 160 300 gesunken, ein Rückgang um 51 700 Fälle. Im selben Zeitraum stieg die Gesamtzahl der AFDC-UP-Unterstützungsfälle auf 48 044.

Zum zweiten konnten nach den Zusatzbestimmungen zum Social Security Act über öffentliche Wohlfahrt aus dem Jahre 1962 75% – statt wie früher 50% – der Länderausgaben für Verwaltungskosten bei AFDC-Fällen, in denen Rehabilitationsmaßnahmen getroffen wurden, durch den Bund ersetzt werden. Da sich der oberflächlichste Kontakt zwischen Klienten und Sozialarbeitern als »Rehabilitationsmaßnahme« aufführen ließ, war es für die Bundesstaaten nicht schwierig, die notwendigen Statistiken für die Forderung nach höherer Kostenrückerstattung anzufertigen. Um Bundesmittel zu erhalten, wurden viele Fälle aus anderen Kategorien (z. B. ein blinder Elternteil mit Kindern oder eine Behinderten-Familie mit Kindern) in ihrem bisherigen Bereich gestrichen und in der AFDC-Kategorie neu eröffnet. Jede Überweisung wurde dann als Neuantrag auf AFDC gewertet. Da die meisten dieser technischen Überweisungen vor 1965 durchgeführt wurden, ist die Zunahme der Neuanträge auf öffentliche Unterstützung in den nachfolgenden Jahren um so dramatischer.

39 Die Zunahme der Antragsmenge im Westen ereignete sich zu einem wesentlichen Teil in Kalifornien. Der Anteil dieses Staates am gesamten Antragsvolumen in der westlichen Region stieg von 62% im Jahre 1960 auf 72% im Jahre 1967. Überdies war ein wesentlicher Teil des Zuwachses in Kalifornien in einem einzigen städtischen Bezirk – Los Angeles – zu verzeichnen. Los Angeles trug 1960 15%, 1967 schon 28% zur Antragsmenge des Bundesstaats bei.

40 Der Anstieg der bundesweiten Bewilligungsquoten wäre ohne die Einführung von AFDC-UP in den frühen sechziger Jahren noch größer gewesen. Wie bereits erwähnt, erfolgten in diesem Zeitraum Pauschalüberweisungen von Fällen aus anderen Kategorien ins AFDC-Programm. Diese technischen Überweisungen erhöhten nicht nur die Antragsmenge, sondern auch die Bewilligungsquoten, da kein Fall transferiert wurde, von dem nicht feststand, daß er die Bedingungen für AFDC-UP erfüllte. Zum Beispiel wurden von den 14 000 AFDC-UP-Anträgen in Pennsylvania aus dem Jahre 1961 13 000 »bewilligt«, was einer Bewilligungsquote von 93% entspricht. Offensichtlich stellten die meisten dieser Anträge Überweisungen von der »allgemeinen Unterstützung« dar. Wäre das bei allen der Fall gewesen, hätte die Bewilligungsquote 100% erreicht. Unsere Statistiken, das sei noch einmal betont, unterbewerten die Differenz zwischen den früheren und den späteren Abschnitten der Dekade.

41 Es ist interessant zu untersuchen, warum die Zahl der Fürsorgeempfänger in einigen Städten früher als in anderen anzog. Wenn auch zweifellos eine Reihe von Faktoren eine Rolle spielen, nehmen wir an, daß ein wichtiger Grund in der unterschiedlichen lokalen politischen Organisation zu finden ist. Schwarze üben eher in solchen Städten politischen Einfluß aus, in denen weder die Demokraten noch die Republikaner ein unangefochtenes politisches Übergewicht besitzen. Sie können auch dann Einfluß gewinnen, wenn eine etablierte Partei auf Grund interner Spaltungen oder Wählerverlust die politische Kontrolle verliert. (Aus diesem Fall können die Schwarzen zuweilen selbst dann Vorteile ziehen, wenn der Hauptgrund für die Spaltung in der Feindseligkeit gegen die Schwarzen selbst gelegen hat.) Im traditionell demokratischen New York, wo Schwarze eine relativ unbedeutende Rolle gespielt haben, war in den fünfziger Jahren ein geringfügiger (16%) und in den frühen sechziger Jahren ein eher bescheidener (68%) Zuwachs an Wohlfahrtsempfängern zu verzeichnen; dann brach die demokratische Koalition auseinander, und der massenhafte Abfall schwarzer Wähler führte zur Wahl einer republikanischen Administration im Jahre 1966. Innerhalb von zwei Jahren stieg die Zahl der Fürsorgeempfänger um das Doppelte.

Selbst in Städten mit fest verankerten politischen Organisationen unterscheiden sich Fürsorgestrukturen je nach dem Grad der Einbeziehung der Schwarzen in den politischen Prozeß. Chicago ist bekannt für die Stabilität seiner politischen Organisation und die Integration der Schwarzen in den Parteiapparat. Es war die politische »Maschine« Chicagos, die den Schwarzen als erste den Zugang zu öffentlichen Ämtern verschaffte. Seit 1882 sitzt mindestens ein Schwarzer aus Chicago im Parlament von Illinois; 1915 wurde der erste schwarze Stadtrat gewählt; 1928, als der schwarze Anteil an der Stadtbevölkerung erst bei 7% lag, saßen 5 schwarze Vertreter im Parlament des Bundesstaats; im gleichen Jahr entsandte Chicago Oscar de Priest in den Kongreß, den ersten schwarzen Kongreßabgeordneten seit der *Reconstruction*-Ära.

Chicago ist auch bekannt dafür, daß es Fürsorge erteilte oder entzog, um unter den großen Mengen zugewanderter Gettobewohner politische Loyalität zu erzeugen und jede Form von Aufruhr zu ersticken. Das könnte erklären, warum die Ausweitung der Sozialfürsorge in Chicago so graduell vonstatten ging: die Zahl der Empfänger stieg in den fünfziger Jahren um 83%, in den frühen sechziger Jahren um 37%, nach 1964 dann um 53%, ein Gesamtanstieg von 282% zwischen 1950 und 1969.

42 Das AFDC-UP-Programm wurde von keinem der Staaten des Tiefen Südens eingerichtet und ist daher auch für keinen Teil des Zuwachses verantwortlich.

43 Eine Ironie der sechziger Jahre liegt darin, daß arme Weiße oft genau so sehr wie Schwarze von den liberalen Maßnahmen profitierten, die die Regierungen als Reaktion auf schwarze Wählerstimmen und Unruhen ergriffen. Auf Grund der gewaltigen Ausweitung öffentlicher Unterstützung wurden die Anträge vieler Weißer bewilligt, die sonst möglicherweise abgelehnt worden wären. Selbst heute sind etwas weniger als die Hälfte aller AFDC-Empfänger Schwarze.

44 Die öffentlichen Verlautbarungen der Leiter der Wohlfahrtsverwaltungen sind ein Maßstab für das veränderte Klima. Statt ständig zu wiederholen, wie sie nicht-unterstützungsberechtigte Familien von der Fürsorge ausschließen, begannen sie, sich über den großen Kreis der unterstützungsberechtigten Familien zu äußern. So verkündete Mitchell I. Ginsberg, der 1966 zum Leiter der Wohlfahrtsverwaltung in New York City ernannt wurde, daß »es mindestens ebenso viel unterstützungsberechtigte Familien gibt, die noch *keine*, wie solche, die bereits jetzt Unterstützung

erhalten« (*New York Times*, 18. Mai 1967, S. 18). Und James Dumpson, Leiter der Wohlfahrtsverwaltung in New York City in den frühen sechziger Jahren, sagte im Rückblick: »Ich war einer derjenigen, die den Empfängern Rechte verwehrte – nicht bewußt oder absichtlich, sondern weil ich nicht genügend erkannte, wie die Bestimmungen diese Rechte verletzten« (*Long Island Press*, 20. Januar 1969, S. 3).

Nachwort. Fürsorge und die Verwaltung der Arbeitskraft

Im Februar 1969 bezogen insgesamt 1 545 000 Familien Wohlfahrtsunterstützung in den Kategorien AFDC und AFDC-UP; etwa zwanzig Monate später, im Oktober 1970, waren es bereits 2 400 000, 55% mehr. In den zehn Jahren zwischen Januar 1961 und Dezember 1970 betrug der Gesamtzuwachs über 225%; und die Zahl der Wohlfahrtsempfänger steigt noch immer. Verantwortlich für die beschleunigte Zunahme seit 1969 waren nach unserer Auffassung die Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung der Nixon-Regierung, die die Arbeitslosigkeit beträchtlich vergrößerten.

Wie wir in diesem Buch mehrmals betont haben, führt steigende Arbeitslosigkeit in der Regel nicht zu einer vergleichbaren Erhöhung der Wohlfahrtsleistungen; die sechziger Jahre waren jedoch alles andere als regelhaft. Die Rezession setzte 1969 zu einem Zeitpunkt ein, da das Wohlfahrtssystem sich auf Grund der bedeutenden Schwächung traditioneller Restriktionen, die sich in den vorhergehenden Jahren ergeben hatte, als äußerst angreifbar erwies. Unter anderem lag der Anteil bewilligter Anträge mit 70% so hoch wie nie zuvor. Überdies hatten sich nach Jahren der Agitation, Prozesse und Publizität die Ansichten vieler Menschen über Wohlfahrtsunterstützung gründlich gewandelt; viele glaubten jetzt, ein »Recht« auf Unterstützung zu haben. Entsprechend wuchs mit der Verschärfung der Rezession die Zahl der Unterstützungsanträge, so daß es bei der hohen Bewilligungsquote zu einer erneuten ›Explosion‹ kam.

Aus unserer Sicht stellt eine Fürsorgeexplosion bereits eine Reform dar, weil eine Vielzahl von Arbeitslosen oder Unterbeschäftigten Unterstützung erhält, von denen andernfalls viele gezwungen wären, ohne Arbeit oder geregeltes Einkommen zu ›leben‹. Nach Meinung der meisten gesellschaftlichen Gruppen konstituiert eine weitgehende Expansion der Sozialfürsorge jedoch eine »Krise«, die verstärkte Anstrengungen hervorruft, das System – ebenfalls im Namen von »Reform« zu reorganisieren. Entsprechende Ereignisse aus der Vergan-

genheit lassen vermuten, daß solche Reformforderungen eine Verschiebung in der relativen Bedeutung der hauptsächlichen Funktionen von Sozialfürsorge signalisieren – eine Verschiebung von der Eindämmung ziviler Unruhen hin zur Regulierung von Arbeitskraft. Aus Gründen, auf die wir noch eingehen werden, sind wir äußerst mißtrauisch gegenüber jenen Elementen der augenblicklich vorgeschlagenen Reformen, die dazu dienen, die Armutsbevölkerung zur Arbeit anzuhalten.

Bevor wir näher auf diese Reformen eingehen, wollen wir noch eine Bemerkung zu den steigenden Wohlfahrtskosten machen, die von vielen für den Kern der Fürsorgekrise erachtet werden. Zwar wird nur ein geringer Anteil unseres gesamten Nationaleinkommens für die Fürsorgehaushalte aufgebracht[1]; das Problem – das für die Finanzierung der Sozialfürsorge fast immer und überall Gültigkeit gehabt hat – ist jedoch, daß Fürsorgehaushalte zumindest teilweise von Kommunen kontrolliert und finanziert werden. Das hat zur Folge, daß eine beträchtliche Ausweitung der Sozialfürsorge die lokalen Einkünfte belastet, zu einer Erhöhung der Steuern und zur Umleitung von Geldmitteln aus anderen Dienstleistungen (wie dem Erziehungs- und Verkehrswesen) führt. In den ersten Jahren der Großen Depression gerieten einige Städte an den Rand des Bankrotts; auch heute wanken viele Städte unter den Fürsorgekosten.

Um den finanziellen Schwierigkeiten zu begegnen, versuchen Länder und Gemeinden gewöhnlich, das Fürsorgesystem zu »reformieren«, indem sie die Unterstützungssätze verringern und die Anzahl der Wohlfahrtsempfänger einschränken; an verschiedenen Orten werden solche Maßnahmen heute schon unternommen. Solange jedoch die Gefahr von Massenunruhen fortbesteht, wird die Zentralregierung die Reduzierung der Zahl der Unterstützungsempfänger zu vermeiden trachten und nach anderen Möglichkeiten suchen, die Kommunen finanziell zu entlasten. Während der Depression wurde den Gemeinden finanzielle Nothilfe gewährt; heute schlägt die Bundesregierung die Beteiligung von Ländern und Gemeinden an den Steuereinkünften des Bundes (»revenue-sharing«) vor. Einige Kongreßabgeordnete fordern die Bundesregierung sogar auf, die gesamten Fürsorgekosten zu übernehmen. Das entscheidende Problem, das die Vorschläge zur

Reformierung der Sozialfürsorge zu bewältigen suchen, liegt in der Aushöhlung der Arbeitsrolle. Wenn eine große Anzahl von Menschen von staatlicher Unterstützung abhängig wird und viele von ihnen die zur Verfügung stehenden Niedriglohn-Arbeiten verschmähen, sind Auswirkungen auf diejenigen Armen, die weiterhin arbeiten, unvermeidlich. Aus deren Perspektive untergräbt das bereitwillige Angebot öffentlicher Unterstützung (häufig zu Sätzen, die nur geringfügig unter dem offiziellen Lohnniveau liegen) die Hauptgrundlage ihres sozialen Statusanspruchs: daß sie nämlich zwar arm sind, aber dennoch ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Die meisten von ihnen reagieren verärgert, andere auch mit der Frage: »Warum überhaupt noch arbeiten?« So entsteht die Gefahr, daß eine wachsende Zahl von Arbeitern, die in Armut leben, die Sozialfürsorge vorziehen.

Überdies geht mit der Aushöhlung der Arbeitsrolle die Auflösung von Familienbeziehungen einher. Praktisch wird der Fürsorgeschek zum Ersatz für den Mann als Ernährer. Daraus resultieren Familienzerrüttung und Verlust der Kontrolle über die Jugendlichen, was sich zum Beispiel in schulischem Versagen, Kriminalität und Drogenabhängigkeit ausdrückt. Mit anderen Worten, die Gewährung von Sozialfürsorge dämmt zwar die gewalttätigen Unruheformen ein (wie Gettoaufstände), kann aber die Zerrüttung des Lebens der Unterschichten nicht aufhalten, ja sie untergräbt die Strukturen der Arbeit, von denen die Unterschichten gewöhnlich gelenkt werden, noch weiter. Sobald dies den gesellschaftlichen Eliten klar geworden ist, ist die Grundlage für die Wiederherstellung der arbeitserhaltenden Funktion des Fürsorgesystems geschaffen.

Deshalb ging mit dem Anstieg der Zahl der Empfänger von Unterstützung eine wachsende Sorge um die Arbeit einher. Bereits 1967 gab der Kongreß dieser Sorge Ausdruck, als er die Einzelstaaten verpflichtete, von allen AFDC-Empfängerinnen zu verlangen, sich zur Arbeit oder zur Berufsausbildung anzumelden. Diese Vorschrift wurde jedoch kaum ausgeführt, nicht zuletzt wegen der Schwerfälligkeit der Administration, vor allem jedoch, weil ihre Befolgung angesichts der anhaltenden Unruhe auf den Straßen der Großstädte – die überhaupt erst zur Wohlfahrtsexplosion geführt hatte – mit

hohen Risiken verbunden war. Jetzt ist die Zahl der Wohlfahrtsempfänger jedoch noch größer geworden und die Sorge um die Arbeit entsprechend schärfer hervorgetreten. Deshalb sind die nun vorgeschlagenen Bestimmungen, die die Wohlfahrtempfänger zur Arbeit anhalten und die weitere Aushöhlung der Arbeitsrolle unter der übrigen Armutsbevölkerung verhindern sollen, noch gravierender und schärfer.

Wie wir im ersten Kapitel festgestellt haben, richtet sich bei Fürsorgeexplosionen die Methode, mit der Arbeit erzwungen wird, nach der Art des ökonomischen Freisetzungsprozesses. In Wirtschaftskrisen werden häufig öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramme eingerichtet, um die stockende Nachfrage nach Arbeitskräften auszugleichen. Wenn jedoch auf Grund eines Modernisierungsprozesses viele Menschen unfähig oder nicht mehr bereit sind zu arbeiten, dann werden die Fürsorgestrukturen meist so korrigiert, daß sie die Empfänger wieder auf den privaten Arbeitsmarkt leiten, ihren Widerwillen gegen die Arbeit mit Zwangsmitteln brechen sowie ihren niedrigen Marktwert durch Beihilfen ausgleichen. Die Vorschläge der Nixon-Administration zielen in diese Richtung. Eine von der Fürsorge unterstützte vierköpfige Familie könnte demnach bei einem vorgeschlagenen Mindestzuschuß von 1600 Dollar die ersten selbstverdienten 720 Dollar ohne jegliche Reduzierung des Fürsorgesatzes behalten; darüber hinaus dürfte sie die Hälfte alles zusätzlich verdienten Einkommens bis zu einem Bruttobetrag von 3930 Dollar behalten; an diesem Punkt würde die öffentliche Unterstützung beendet. Bei einer staatlichen Beihilfe von 1600 Dollar sähen sich die arbeitsfähigen Armen dazu veranlaßt bzw. gezwungen, die marginalen, saisonabhängigen, unregelmäßigen und niedrig bezahlten Arbeiten anzunehmen, die viele von ihnen angesichts der augenblicklichen Fürsorgeleistungen in der letzten Zeit haben verschmähen können. Den Arbeitsfähigen, die trotz dieser Anreize die Arbeit verweigerten, würde die Beihilfe von 1600 Dollar gestrichen. (Bei einer Verschärfung der jetzigen Rezession könnte sich aber sehr wohl auch eine Verstärkung der Forderungen nach einem öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm unter Aufsicht der Fürsorgeverwaltung ergeben.) Ob nun der beschriebene Entwurf verabschiedet wird oder nicht, auf jeden Fall steht eine auf Arbeits-

zwang zielende Reform auf der Tagesordnung.

Bücher über zeitgenössische Probleme pflegen mit Reformvorschlägen zu enden; die unsrigen sind relativ einfach darzustellen. Im Prinzip lassen sich Fürsorgeexplosionen und die ihnen zugrunde liegenden ökonomischen und sozialen Freisetzungsprozesse, deren Reflex sie sind, auf zwei Arten bewältigen. Die eine ist eine veränderte Wirtschaftspolitik, die zur Vollbeschäftigung bei angemessenem Lohnniveau führen würde; die andere ist eine Reformierung der Fürsorgestrukturen. Würden, sei es durch öffentliche, sei es durch private Investitionen, Arbeitsplätze in größerem Umfang geschaffen und ausreichende Löhne gezahlt, so wären viele AFDC-Empfängerinnen sofort bereit, eine Beschäftigung anzunehmen. Langfristig gesehen, würden solche weitgehenden ökonomischen Veränderungen die Zahl der Wohlfahrtsempfänger jedoch auf eine viel grundlegendere Weise verringern: durch die Wiederherstellung der beruflichen, familialen und kommunalen Strukturen der Unterschicht. Wenn Männer zum Beispiel nicht länger arbeitslos oder zu Löhnen beschäftigt sind, die zum Familienunterhalt nicht ausreichen, dann sind sie auch in der Lage, die Rolle des Ernährers wieder zu übernehmen. Das hätte beträchtliche Auswirkungen auf das Fürsorgesystem, da weniger Frauen gezwungen wären, sich auf Grund ungenügender Unterstützung des Mannes um öffentliche Wohlfahrtsleistungen zu bemühen.

Überdies würde eine Entwicklung zur Vollbeschäftigung bei angemessenem Lohnniveau eine Humanisierung der Fürsorgepraktiken gegenüber den Arbeitsunfähigen erlauben. Wenn die Hauptthesen dieses Buches richtig sind, dann werden nämlich die Fürsorgepraktiken stets von den Arbeitsbedingungen der Unterschichten bestimmt. Fürsorgesätze werden schwerlich über das niedrigste Lohnniveau steigen; meist liegen sie weit darunter. Auch werden Fürsorgeempfänger weiterhin einer schlechten Behandlung ausgesetzt sein, solange es Arbeiter gibt, die so schlecht bezahlt werden, daß sie durch das Exempel des entwürdigten Paupers dazu gezwungen werden müssen, an ihrem Arbeitsplatz zu bleiben. Herrscht jedoch Vollbeschäftigung und steigen die Reallöhne, so könnte auch der reale Wert der Unterstützungsbeträge an die Wohlfahrtsempfänger erhöht werden. Gleichermaßen gilt, daß eine

Gesellschaft, die auf Grund von Vollbeschäftigung und steigenden Löhnen weniger auf andere Lenkungsmechanismen angewiesen ist, um das »Herausfallen« der Unterschichten aus dem Arbeitsmarkt zu verhindern, auch die Nicht-Arbeitenden nicht mehr so schmählich zu erniedrigen braucht. Kurz gesagt, eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Armutsbevölkerung würde nicht nur die Zahl der Wohlfahrtsempfänger reduzieren, sondern auch die Verwirklichung eines humanen Fürsorgesystems ermöglichen.[2]

Es wäre aber, so vermuten wir, ziemlich naiv, eine grundlegende Veränderung der Wirtschaftspolitik zu erwarten; ebenso naiv, das wollen wir hinzufügen, wäre die Hoffnung auf eine völlige Neugestaltung der öffentlichen Unterstützung – etwa im Sinne eines garantierten Mindesteinkommens oder eines allgemeinen Kindergeldes. Diese und andere Vorschläge zur Reformierung unseres Systems der Einkommenssicherung sind bereits formuliert und ziemlich intensiv erörtert worden, doch die Diskussion hat sich weitgehend auf Experten beschränkt; die breitere Öffentlichkeit hat an ihr nicht teilgenommen. Mit anderen Worten, diese Pläne mögen theoretische Bedeutung haben, sie sind jedoch auf kein politisches Interesse gestoßen. Die Entscheidung, vor die sich das Land gestellt sieht, besteht also in der Wahl zwischen der Beibehaltung der gegenwärtigen Fürsorgestrukturen (möglicherweise durch Maßnahmen zur Verschiebung der Finanzlast von den Kommunen zum Bund modifiziert) und der Verfolgung des uralten Ansatzes zur Bewältigung von Fürsorgeexplosionen – nämlich der Durchsetzung des Arbeitszwangs. Sicherlich keine sehr vielversprechende Wahl, aber wohl die einzige, die den politischen Realitäten entspricht.

Wir sind eindeutig gegen Reformen im Sinne des Arbeitszwangs. Wir begründen unsere Gegnerschaft damit, daß ähnliche Reformen, die in der Vergangenheit durchgeführt wurden, schließlich den Ausschluß einer großen Anzahl von Bedürftigen von der Sozialfürsorge zur Folge hatten, die damit einem Arbeitsmarkt, der nur geringe Beschäftigungsmöglichkeiten bot, überlassen und aufs neue extremer ökonomischer Ausbeutung unterworfen wurden.

Zugegebenermaßen kann eine mit Arbeitszwang verbundene Reform kurzfristig die Zahl der Fürsorgeempfänger in die

Höhe treiben, da zuweilen neue Gruppen offiziell unterstützungsberechtigt werden; in der Depression waren alle Beschäftigungslosen berechtigt, in den öffentlichen Arbeitsprojekten zu arbeiten; die augenblicklichen Vorschläge verlangen die Einbeziehung der nach Millionen zählenden arbeitenden Armutsbevölkerung in ein mit Arbeitspflicht gekoppeltes System von Beihilfen. Auf den ersten Blick erscheint dieser Ansatz lobenswert; wie die Geschichte vergleichbarer Reformen jedoch beweist, wird er wahrscheinlich langfristig nicht aufrechterhalten werden, und zwar aus einem recht ironischen Grund.

Die Ironie liegt ganz einfach darin, daß eine umfangreiche Arbeitsplatzbeschaffung – im Gegensatz zu direkter Unterstützung, die nur die gewalttätigsten Ausbrüche der Unzufriedenheit verstummen läßt – eine weitgehende Stabilisierung der beruflichen, familialen und kommunalen Strukturen der Unterschicht bewirkt und damit die Unruhedisposition, die überhaupt erst zur Ausweitung der Sozialfürsorge führt, insgesamt abschwächt. Wenn einmal die Ordnung in diesem tieferen Sinn wiederhergestellt ist, *kann die Sozialfürsorge praktisch abgeschafft werden,* wie es in der Vergangenheit auch häufig der Fall gewesen ist. Forderungen, auf umfangreiche Arbeitsplatzbeschaffung zu verzichten, werden ohnehin immer wieder erhoben, denn sie verstößt gegen die herrschende Ideologie und stört die »unbehinderte Entfaltung des Marktes«. Unsere These ist nicht, daß bei Gewährung einer Fürsorgekonzession Friede und Ordnung eintreten, sondern daß, wenn Friede und Ordnung herrschen, die Fürsorgekonzession wieder rückgängig gemacht wird.

Die Wiederherstellung der Arbeit mit Hilfe der Sozialfürsorge ermöglicht, mit anderen Worten, die schließliche Rückkehr zur restriktivsten Phase im Zyklus staatlicher Hilfeleistung. Was mit einer beträchtlichen Ausweitung direkter Unterstützung beginnt und dann zur Arbeitsplatzbeschaffung in verschiedenen Formen übergeht, endet schließlich im scharfen Rückgang der Fürsorgeleistungen. Mit der längeren Dauer der Depression wurde die direkte Unterstützung durch Arbeitsplatzbeschaffung ersetzt und dann die Arbeitsplatzbeschaffung eingestellt, was bedeutete, daß Millionen von Armen rasch auf einen Arbeitsmarkt gelenkt wurden, der nur unzu-

reichende Beschäftigungsmöglichkeiten bot. Drei Jahrzehnte lang bekamen die Armen trotz steigender Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft und in den Städten keine Sozialfürsorge mehr. In der Zwischenzeit waren die wenigen, die man unter den kategorialen Unterstützungsbestimmungen des *Social Security Act* auf der Liste der Fürsorgeempfänger beließ – einige der Alten, Blinden und Waisen – abermals der strafenden und entwürdigenden ›Behandlung‹ ausgesetzt, die seit dem Beginn der Sozialfürsorge vor mehreren Jahrhunderten dazu dient, das Arbeitsethos zu verstärken. Wie hätte es auch anders sein können? Nach der ›Wiederherstellung der Ordnung‹ fehlte der Druck, die in früheren Phasen gemachten Konzessionen aufrechtzuerhalten. Sozialfürsorge ist niemals populär, Arbeitsbeschaffungsprogramme kosten Milliarden Dollar, und eine befriedete Armutsbevölkerung hat kaum so viel politisches Gewicht, daß ihre Interessen ernst genommen würden. Die Befürworter der Fürsorgereform mögen argumentieren, daß ihre Reformen lange gelten werden und niemals die restriktive Phase des Zyklus erreichen werden; doch vergangene Erfahrungen deuten in eine andere Richtung.

Daher sind wir angesichts ausbleibender fundamentaler wirtschaftlicher Reformen der Ansicht, *daß die explosionsartige Steigerung der Zahl der Wohlfahrtsempfänger die richtige Fürsorgereform darstellt,* daß sie verteidigt und noch beschleunigt werden sollte. Selbst heute gibt es noch Hunderttausende verarmter Familien, die unterstützungsberechtigt sind, aber keinerlei Hilfeleistung erhalten.

Anmerkungen

1 Etwa 15 Milliarden Dollar werden jährlich für *alle* Kategorien öffentlicher Unterstützung aufgewendet; ein wenig mehr als die Hälfte davon trägt der Bund. Verglichen mit den Bundesausgaben in anderen Bereichen ist dieser Betrag relativ unerheblich. Daß viele Gruppen über die Ausgaben für Sozialfürsorge, so bescheiden diese auch sein mögen, aufgebracht sind, steht auf einem anderen Blatt.

2 Wenn wir von der Erreichung der Vollbeschäftigung sprechen, setzt das allerdings voraus, daß der Arbeitskräftebedarf in den kommenden Jahrzehnten nicht zurückgehen wird. Doch auch die entgegengesetzte Möglichkeit besteht – daß technologischer Wandel zu einem massiven Rückgang der Beschäftigung führt. Es

ist sogar möglich, daß der ökonomische Trend bereits in diese Richtung weist (die Experten sind über diesem Problem hoffnungslos zerstritten); in diesem Fall hätte die augenblickliche Fürsorgeexplosion eine völlig neue Bedeutung; sie würde bedeuten, daß in technologisch fortgeschrittenen Gesellschaften für die Zuweisung von Einkommen außer der Arbeitsrolle noch ein weiteres Mittel erforderlich ist. Ein nationales Mindesteinkommen – wie die von der Nixon-Administration vorgeschlagene Beihilfe von 1600 Dollar – könnte der erste Schritt in diese Richtung sein. Es muß jedoch klargestellt werden, daß die von der Nixon-Administration vorgeschlagenen Reformen nicht beabsichtigen, Menschen dem Arbeitsmarkt zu entziehen, sondern sie wieder dorthin zurückzulenken.

Nachwort zur deutschen Ausgabe

Wir nehmen die Veröffentlichung der deutschen Ausgabe von *Regulating the Poor* zum Anlaß, auf die Entwicklungen im Bereich der sozialen Wohlfahrt in den Vereinigten Staaten einzugehen, die sich seit dem Erscheinen des Buches im Jahre 1971 ergeben haben.

Während der sechziger Jahre erzielte die städtische Armutsbevölkerung in den Vereinigten Staaten, die sich hauptsächlich aus Schwarzen und Gruppen spanischer Abstammung zusammensetzt, einige bescheidene ökonomische Fortschritte. Ein beträchtlicher Teil der arbeitslosen und verarmten Massen der Großstädte empfing Wohlfahrtsunterstützung, andere profitierten von der Expansion städtischer Beschäftigung, die wiederum vorwiegend durch die Bundesprogramme aus der Periode der Great Society eingeleitet worden war. Auch die wirtschaftliche Hochkonjunktur der späten sechziger Jahre leistete hier ihren Beitrag; die Arbeitslosenquoten, selbst die in den Gettos der Innenstädte, sanken schließlich im Gefolge der expandierenden öffentlichen und privaten Beschäftigung.

Bis zur Mitte der siebziger Jahre sind jedoch all diese Fortschritte weitgehend brüchig geworden. Ein Grund hierfür waren der Rückgang der Gettounruhen und die darauf folgende Zurücknahme von Konzessionen der Bundesregierung, die die Befriedung der Innenstädte zum Ziel gehabt hatten. Die Tendenz zur Liberalisierung der Wohlfahrtspraktiken aus den sechziger Jahren kehrte sich um; die Mittel der Great Society-Programme, auf Grund derer die städtische Armutsbevölkerung Zugang zu öffentlicher Beschäftigung gewonnen hatte, wurden in *revenue sharing* (Beteiligung der Länder und Gemeinden an den Steuereinkünften des Bundes, Anm. d. Üb.) umgeleitet. Ein weiterer Grund lag in der andauernden Rezession und hohen Inflationsrate der siebziger Jahre, die zusätzliche Arbeitslosigkeit erzeugten und den Lebensstandard bereits benachteiligter Gruppen noch weiter senkten. Diese bundesweiten ökonomischen Entwicklungen trugen zur Auslösung der sogenannten städtischen Finanzkrise und damit zur

weiteren Verringerung der öffentlichen Hilfeleistungen an die städtische Armutsbevölkerung bei.

Die Bewegung der Schwarzen, die in der Mitte der fünfziger Jahre im Süden ihren Anfang genommen und dann auf die Städte des Nordens übergegriffen hatte, flaute gegen Ende der sechziger Jahre ab. Die meisten Führer der Bewegung waren in den politischen Prozeß integriert und von Regierungsbürokratien, Universitäten, Wirtschafts- und Industrieunternehmen ›aufgesaugt‹ worden; die Wirksamkeit des etablierten politischen Prozesses schien bestätigt, entsprechend erlosch die dem Protest zugrunde liegende Ideologie. Die Zahl der Aktivisten und Agitatoren ging zurück, zunächst auf Grund der gewonnenen Konzessionen, sodann wegen der Demoralisierung durch ihre Zurücknahme.

Vielleicht stellt das Jahr 1968 den Wendepunkt der Unruhe dar. Es war das Jahr der letzten großen Gettorevolten (im Gefolge der Ermordung von Martin Luther King); es war auch das Jahr, in dem die Führung des Landes von einem liberalen an einen konservativen Präsidenten überging. Mit Nixons Machtantritt wurden die rhetorischen Angriffe auf soziale und rassische Ungerechtigkeiten, die bei der Selbstdarstellung früherer Regierungen eine wichtige Rolle gespielt und die städtische Armutsbevölkerung zum Protest ermutigt hatten, von einer Rhetorik abgelöst, die ›Recht-und-Ordnung‹ und Selbstgenügsamkeit propagierte und unter den städtischen Getto-Massen Scham- und Angstgefühle wiederaufleben ließ. Es hatte sich gegen die Fortschritte der Minderheiten ein weißer *backlash* entwickelt, der von konservativen Politikern, die sich Rückhalt verschaffen wollten, nach Möglichkeit gefördert wurde. Zu den Präsidentschaftswahlen 1972 erreichte dieser rhetorische Gegenschlag einen Höhepunkt; er konzentrierte sich vor allem auf das letzte Überbleibsel der schwarzen Herausforderung – die noch immer steigende Zahl der Wohlfahrtsempfänger. Im Wahlkampf 1972 wurden die Amerikaner in Fernsehsendungen der Republikaner gewarnt, McGovern würde im Falle seines Wahlsieges die Hälfte der Bevölkerung zu Wohlfahrtsempfängern machen. In seiner Antrittsrede forderte Nixon die Amerikaner auf, zu überlegen, wie sie sich selbst helfen könnten, statt zu fragen, was die

Regierung für sie tun könne; in der Folge popularisierte er rasch das Motto »*workfare* statt *welfare*«. Eine regelrechte Mobilisierung gegen die minoritäre Armutsbevölkerung, insbesondere gegen die Wohlfahrtsempfänger, war so in Gang gekommen.

Die Angriffe auf die Armutsbevölkerung trugen keineswegs nur rhetorischen Charakter. Über ihre verschiedenen Ministerien kürzte die Nixon-Administration die Geldmittel für Gettoorganisationen und beendete frühere Verfahrenspraktiken, die der Armutsbevölkerung Zugeständnisse gemacht hatten. Das *Office of Economic Opportunity* wurde von der Administration offen attackiert. Innerhalb von ein, zwei Jahren erließ das *Department of Health, Education and Welfare* (HEW) einschränkende Richtlinien, um die Verfahrens- und materiellen Rechte, die Wohlfahrtsempfänger mit Hilfe von Protesten oder Sozialanwälte auf gerichtlichem Wege erkämpft hatten, wieder aufzuheben. Einer der wichtigsten Schritte – ein Schritt, der ohne Zweifel das Ende einer Epoche des Wohlfahrtsliberalismus ankündigte – bestand in der Einführung hoher Geldstrafen gegen diejenigen Bundesstaaten, bei denen Untersuchungen unter der Rubrik »Qualitätskontrolle« erwiesen, daß mehr als drei Prozent der Wohlfahrtsempfänger nicht unterstützungsberechtigt waren. Wie jeder weiß, der mit dem Labyrinth des Wohlfahrtssystems einigermaßen vertraut ist, läßt sich eine niedrige Quote unberechtigter Wohlfahrtsempfänger nur um den Preis errechnen, daß ein weit größerer Anteil unterstützungsberechtigter Familien vom Wohlfahrtsbezug ausgeschlossen wird.

Zur gleichen Zeit, da Länder und Gemeinden mit finanzieller Bestrafung für eine allzu liberale Wohlfahrtspraxis bedroht wurden, änderte das HEW auch die Richtlinien für ihre Wohlfahrtsverwaltungen und erließ oder erlaubte verschiedenartige Einschränkungen, die eine Verringerung der Zahl der Wohlfahrtsempfänger bewirken sollten. Zum Beispiel wurden die Vorschriften für das Antragsverfahren geändert. Die Wohlfahrtsverwaltungen der Länder und Gemeinden durften künftig nur noch schriftliche Anträge annehmen. Bis dahin waren die Wohlfahrtsämter gehalten, auch mündliche Anträge entgegenzunehmen. Überdies hob das HEW Bestimmungen auf, die die Länder- und Gemeindebehörden anwie-

sen, den Antragstellern beim Ausfüllen von Formularen behilflich zu sein, sowie andere Bestimmungen, die den Nachweis der Bedürftigkeit, den die lokalen Wohlfahrtsämter verlangen konnten, auf ein vernünftiges und notwendiges Maß beschränkte. Überall im Land traten nun längere Antragsformulare an die Stelle der bis dahin gebräuchlichen Kurzanträge; auch werden heute dokumentarische Nachweise in Form von Geburtsurkunden, Mietquittungen und anderen Materialien verlangt, die offensichtlich nicht das geringste mit der Frage ökonomischer Bedürftigkeit zu tun haben, jedoch den Armen die erfolgreiche Bewältigung des Antragsverfahrens erschweren.

Desgleichen hat das HEW Bestimmungen kassiert, die Hausdurchsuchungen bei Wohlfahrtsempfängern – einschließlich nächtlicher Überprüfungen – ohne deren Einwilligung verboten, und so den lokalen Wohlfahrtsbehörden signalisiert, daß solche Durchsuchungen fortan wieder zu den akzeptablen Verfahren zählen. Der Verdacht liegt nahe, daß die Beamten des HEW damit den Zweck verfolgten, zumindest einigen Wohlfahrtsempfängern nach Durchsuchungen und Überprüfungen die Unterstützung zu entziehen sowie potentielle Antragsteller abzuschrecken.

Das HEW hat die erlaubte Frist, innerhalb derer eine Wohlfahrtsbehörde über einen Antrag entscheiden muß, von 30 auf 45 Tage verlängert und überdies bestimmt, daß diese Frist erst dann beginnt, wenn der schriftliche Antrag mit sämtlichen Dokumenten vollständig eingereicht ist. Diese Veränderungen lassen erwarten, daß auch in Zukunft die lokalen Verwaltungen es zulassen werden, daß sich die Warteschlangen vor den Wohlfahrtszentren und die Menschenmengen innerhalb der Warteräume noch weiter vergrößern, so daß viele Tag für Tag wiederkommen müssen, bevor ihre Anträge überhaupt entgegengenommen werden. Lange Wartefristen sind eine klassische Technik zur Entmutigung von Antragstellern. Weitere Korrekturen hat das HEW an den Berufungsverfahren oder »fair hearings«, wie sie im Wohlfahrtsbereich genannt werden, vorgenommen; es hat praktisch das Wort »fair« gestrichen und lokale an die Stelle der einzelstaatlichen »hearings« gesetzt, die bis dahin vorgeschrieben waren – offensichtlich in der Annahme, daß ein Berufungsverfahren, in dem lokale

Wohlfahrtsämter ihre eigenen Entscheidungen überprüfen, nicht besonders effektiv sein können.

Die Reihe läßt sich beliebig fortsetzen. Das HEW kürzte den vorgeschriebenen Benachrichtigungstermin vor der Streichung oder Verringerung der Unterstützung von 15 auf 10 Tage und erschwerte es somit den Empfängern, gegen derartige Entscheidungen Berufung einzulegen. Die Bestimmungen zur Qualitätskontrolle, durch die der Bund die Wohlfahrtspraxis von Ländern und Gemeinden überprüft, wurden insofern abgeändert, als das HEW künftig nicht länger Fälle der Verweigerung oder Verringerung von Unterstützung überprüft, andererseits aber weiterhin die bewilligten Anträge seiner Kontrolle unterwirft. Mit anderen Worten, die Bundesregierung hat klargemacht, daß es sie nicht interessiert, ob Menschen auf ungesetzliche Weise die Unterstützung verweigert oder gekürzt wird. – Unterdes sind im Kongreß, ohne viel Aufmerksamkeit zu erregen, Gesetzesänderungen eingebracht worden, die die Verfolgung abwesender Väter und die Eintreibung von Unterstützungszahlungen für deren Kinder erheblich verschärfen. Die neuen Bestimmungen haben zur Folge, daß viele Männer, die ohne Arbeit sind oder nur geringe Löhne bekommen, sich so sehr vor der Belästigung durch die Regierung fürchten, daß sie die lockeren Bindungen, die sie zu ihren Frauen und Kindern vielleicht noch unterhalten haben, nun endgültig abbrechen.

Es überrascht nicht, daß politische Führer auf Länder- und Gemeindeebene sich der Kampagne gegen die öffentliche Unterstützung anschlossen; entweder waren neue Politiker an die Macht gekommen, deren Sozialphilosophie sich im Einklang mit dem ›Zeitgeist‹ befand, oder der Wunsch der bisherigen Amtsinhaber, politisch zu überleben, gebot die Anpassung an diesen ›Geist‹. Vielleicht hatte Gouverneur Rockefeller sie bereits alle mit seinem bizarren Vorschlag übertroffen, jedem zugewanderten Bürger des Staates New York, der keine annehmbare Wohnung oder Gesundheitsfürsorge nachweisen konnte, die Wohlfahrtsunterstützung zu verweigern; dieser Ankündigung folgten weithin publizierte Untersuchungen über »Wohlfahrtsbetrug«, die unter der Leitung eines neuernannten Generalinspekteurs (eines Millionenerben voll Verachtung für die Wohlfahrtsempfänger) angefertigt wurden. In

Kalifornien erregte Gouverneur Reagan bundesweites Aufsehen mit der Einleitung ähnlicher Kampagnen gegen die öffentliche Wohlfahrt. (Man beachte dabei, daß mehr als die Hälfte der Wohlfahrtsempfänger des Landes in den beiden Bundesstaaten New York und Kalifornien ansässig waren.) Eine der gerühmtesten, gegen öffentliche Unterstützung gerichteten Aktionen ereignete sich damals in Nevada, wo die Wohlfahrtsbehörde eine massive Kampagne gegen »Wohlfahrtsbetrüger« eröffnete. Zum 1. Januar 1972 wurden 21% der bisherigen Fürsorgeempfänger Nevadas die Unterstützung gestrichen; weiteren 28% wurden die monatlichen Geldzuwendungen gekürzt. Dies konnte geschehen, weil die Wohlfahrtsverwaltung beschloß, der »Wohlfahrtskrise« durch eine amtliche Prüfung zu begegnen, in deren Verlauf praktisch das gesamte Behördenpersonal damit beschäftigt wurde, Arbeitgeber und Nachbarn der Fürsorgeempfänger zu befragen und die Akten der Sozialversicherungsträger durchzusehen – alles auf der Suche nach ungemeldeten Einkünften aus den vorhergehenden fünf oder mehr Jahren. Die meisten Empfänger erfuhren von der Überprüfung erst dadurch, daß ihre Unterstützung ausblieb oder gekürzt wurde. In den darauf folgenden Mitteilungen an die Empfänger wurden zur Begründung schlicht »falsche Berechnungen« oder »mangelnde Unterstützungsberechtigung« angegeben. Von 1970 bis 1972 reduzierten auch andere Bundesstaaten, wenn auch in geringerem Ausmaß als Nevada, ihre Unterstützungssätze oder führten einschränkende Kriterien für die Unterstützungsberechtigung ein.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß das feindselige Klima der siebziger Jahre die städtische Armutsbevölkerung davon abhält, Anträge auf Wohlfahrtsunterstützung zu stellen, genauso wie das liberalere Klima der sechziger Jahre sie dazu ermutigt hatte, indem es ihre Scham und Furcht verringerte. Und so wie die eher liberalen Bestimmungen der sechziger Jahre das Antragsverfahren so weit geöffnet hatten, daß die meisten von denen, die den Mut zur Antragstellung aufbrachten, auch Unterstützung erhielten, so verringerten nun die einschränkenden Bestimmungen der siebziger Jahre die Bewilligungsquote in dem Bemühen, die Menschen zu hindern, überhaupt Anträge auf Unterstützung einzureichen.

Inzwischen verschärfte sich das Elend der städtischen Armutsbevölkerung im Gefolge weitgehender volkswirtschaftlicher Veränderungen, die ihrerseits aus dem Zusammenspiel ökonomischer Trends und staatlicher Politik hervorgingen. Auf Grund ihrer Konzentration am unteren Ende der Beschäftigungspyramide, im städtischen öffentlichen Dienst und in den älteren Städten des Nordens waren die städtischen Minoritäten den negativen Effekten dieser bedeutenden volkswirtschaftlichen Veränderungen stärker ausgesetzt als jede andere Gruppe in der amerikanischen Gesellschaft. Überdies beraubten rapide Wandlungen in der politischen Struktur der älteren Städte, die mit den ökonomischen Entwicklungen einhergingen, die städtische Armutsbevölkerung selbst der bescheidenen Möglichkeit von Widerstand, die die Lokalpolitik gewöhnlich zuläßt.

Einige dieser ökonomischen Trends sind offenkundig und brauchen nicht besonders erörtert zu werden. Die Inflation, die nach 1972 zu einem internationalen Problem wurde, verringerte die Kaufkraft der Unterstützungsbeträge, so daß das Realeinkommen der Wohlfahrtsempfänger bis zur Mitte der siebziger Jahre drastisch zurückging. Unterdessen hatte die andauernde Rezession eine offizielle Arbeitslosenquote für Nicht-Weiße von etwa 15% hervorgebracht, wobei die realen Arbeitslosen- und Unterbeschäftigungsquoten wie gewöhnlich noch um einiges höher lagen; auch traf die Regierung keinerlei Anstalten, ihre Politik, die zur Entstehung der Rezession beigetragen hatte, wesentlich zu korrigieren.

Dies waren nationale Trends; der größte Teil der minoritären Armutsbevölkerung befand sich jedoch in den älteren Städten des Nordens, wo die Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung der siebziger Jahre noch gravierender waren. Zugleich wurden die Auswirkungen von Inflation und Rezession durch mit ihnen verbundene politische Entwicklungen verschärft. Die sogenannte »städtische Finanzkrise« der siebziger Jahre signalisierte das gemeinsame Bemühen politischer und ökonomischer Eliten, das Realeinkommen der untersten Schicht der amerikanischen Arbeiterklasse durch Entzug von Vorteilen, die diese aus dem öffentlichen Sektor gezogen hatte, zu reduzieren.

Die der Finanzkrise der Städte zugrunde liegenden Bedin-

gungen haben sich seit mehr als zwei Jahrzehnten allmählich herausgebildet. In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg kam es in vielen älteren Städten zum Auszug von Industrieunternehmen und in manchen zur Ausdehnung von Konzernverwaltungen sowie der Dienstleistungen, die diese benötigten. Der Rückgang des industriellen Sektors war einerseits das Ergebnis der Suche älterer Fabriken und neugebildeten Kapitals nach billigen Arbeitskräften im Süden und im Ausland, andererseits eine Folge der Abwanderung von Fabriken in die Vororte, wo zwar die Arbeitskosten nicht unbedingt geringer waren, staatliche Investitionen in Autobahnen, Wohnungen und andere Dienstleistungen die Kostenfaktoren für die Unternehmen in anderen Bereichen jedoch günstig beeinflußten. Er resultierte nicht zuletzt aus den bundesstaatlichen Investitionen in der Rüstungs- und Weltraumindustrie, die die älteren Industriezentren zugunsten neuerer Städte im Süden und Westen vernachlässigten. Mit dieser Verlagerung der Industrieproduktion verknüpft war die Abwanderung der Handelsunternehmen und der begüterten Bevölkerungsschichten aus den älteren Stadtzentren in den Vorortgürtel sowie in den Süden der Vereinigten Staaten. Zugleich wurden in den Zentren vieler dieser Städte mit bundesstaatlichen Subventionen zur Stadtsanierung riesige Bürogebäude und Luxusappartements für die umfangreicher werdenden Verwaltungsapparate und das Leitungspersonal der nationalen und internationalen Konzerne weitab von ihren Produktionsstätten errichtet.

In dieser Periode kam es zu der beschriebenen Abwanderung von Schwarzen und Gruppen spanischer Abstammung aus den landwirtschaftlichen Gebieten in die Städte. Mitte der sechziger Jahre wurde diese vertriebene und verarmte Bevölkerung rebellisch. Gruppen von Stadtbewohnern erhoben aggressive Forderungen nach Wohnungen, Arbeitsplätzen, besserer Erziehung, Wohlfahrtsunterstützung und dem ganzen Arsenal von Dienstleistungen, für die die Lokalverwaltungen in den Vereinigten Staaten verantwortlich sind. Überdies blieben rebellisches Verhalten und eskalierende Forderungen nicht auf die Minderheiten beschränkt; auch andere und besser organisierte Gruppen, die aus dem städtischen Sektor ihren Nutzen ziehen wollten, wurden in diesen unruhigen Zeiten unter dem Konkurrenzdruck der Minderheiten zunehmend

militant. Dabei traten die kommunalen Lohnarbeiter besonders hervor. Unter diesem vielfältigen Druck sahen sich die Lokalregierungen der älteren Industriestädte zu Konzessionen in Form von vermehrten Neueinstellungen, höheren Gehältern und Zusatzleistungen sowie neuen Dienstleistungsangeboten gezwungen. Die meisten dieser Konzessionen wurden den besser organisierten Kommunalarbeitern gemacht, von denen das Funktionieren der Einrichtungen und Dienstleistungen der Kommunen abhing. Doch auch die Minderheiten erzielten Fortschritte: sie erhielten höhere Wohlfahrtsunterstützung, einen größeren Anteil an den städtischen Arbeitsplätzen sowie einige neue Sozialfürsorgeeinrichtungen in den Gettos.

In dem Maße, wie die Bürgermeister den Forderungen rebellischer Bevölkerungsgruppen mit Dienstleistungen und materiellen Zugeständnissen entgegenkommen mußten, stiegen die Etats der Kommunen steil in die Höhe. Solange jedoch die Städte von Unruhen heimgesucht wurden, mußte der von den Rebellen verlangte politische Preis gezahlt werden, um die Ruhe wiederherzustellen. Entsprechend erhöhten die Kommunen trotz ihrer schwächer werdenden ökonomischen Basis ihre Steuern und bekamen auch größere Zuschüsse von den Regierungen in Bund und Ländern. Auf diese Weise gelang es den Städten, finanziell – und politisch – zu überleben. Insgesamt stieg der Anteil des amerikanischen Nationaleinkommens, der in den öffentlichen Sektor geleitet wurde, während der sechziger Jahre beträchtlich an, wobei sich der Hauptteil des Zuwachses auf die Ausweitung der kommunalen und einzelstaatlichen Haushalte zurückführen läßt.

Anfang der siebziger Jahre kam es nur noch selten zu Unruhen in den Städten; die politische Stabilität war, nicht zuletzt im Zusammenhang mit den in den sechziger Jahren gewährten Konzessionen, einigermaßen wiederhergestellt. Zur selben Zeit freilich öffnete sich in den älteren Städten dramatisch die Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben, da sich die langfristigen ökonomischen Trends, die bereits zum Rückgang der Industrieproduktion in diesen Städten geführt hatten, auf Grund der rezessiven Wirtschaftspolitik der Nixon- und der Ford-Regierungen rapide beschleunigten. Zunehmende Arbeitslosigkeit in den Stadtzentren ging mit einer

ebenso kräftigen Verringerung der kommunalen Einkünfte einher, da diese sich überwiegend aus Verkaufs- und Einkommenssteuern zusammensetzen. Außerdem glaubten Bund und Länder, nachdem sich die Unruhen der sechziger Jahre gelegt hatten, ihre Zuschüsse für die älteren Stadtzentren reduzieren zu können und vergrößerten damit die finanziellen Lücken in den Kommunalhaushalten noch weiter. Es entstand eine Situation, in der nationale und lokale Kapitalinteressen durch Reduzierung der Kosten einer populistischen Lokalpolitik die Angleichung der Ausgaben an die Einkünfte zu erzwingen suchten. Auslösefaktor für die Kapitalintervention war der drohende Bankrott der Stadt New York im Jahre 1975. Banken, in deren Besitz sich eine große Anzahl von Wertpapieren der Stadt befand, waren über die rapide Zunahme der kurzfristigen Anleihen, die New York vornahm, beunruhigt und weigerten sich, größere Darlehen zu gewähren, bevor die Stadt »ihr Haus in Ordnung gebracht« habe. Was die Bankiers auch immer beabsichtigt haben mochten, ihr Vorgehen machte die Gefahr eines spektakulären Bankrotts der Stadt New York deutlich. Am Ende brauchte die Stadt zwar keinen Konkurs anzumelden, aber das dramatische Geschehen hat den Einwohnern der amerikanischen Städte ganz neue Definitionen der städtischen Finanzsituation vermittelt. Es heißt nun schlicht, es stehe kein Geld zur Verfügung, und die städtischen Etats müßten ausgeglichen sein (als ob Städte Familienhaushalte oder kleine Geschäfte wären). Angesichts dieser Definition sind städtische Interessengruppen furchtsam, verwirrt und hilflos geworden; sie sind zum Schweigen gebracht und übernehmen willig die Rolle des passiven Beobachters einer Lokalpolitik, an der sie sich noch vor kurzem aktiv beteiligt hatten.

Mit der Begründung, einen drohenden Bankrott abwenden zu wollen, sind lokale Kapitalinteressen, die in den Vereinigten Staaten oft im Gewand städtischer Reformgruppen operieren, auf die Bühne getreten, um die Lokalpolitik grundlegend zu modifizieren. Auf der einen Seite bestehen sie auf Kürzungen der Zahl der städtischen Bediensteten, ihrer Löhne und Zusatzleistungen sowie des Dienstleistungsangebots für die einzelnen Stadtviertel. Auf der anderen Seite argumentieren sie, Länder und Gemeinden müßten zur Aufbesserung der

sinkenden städtischen Einkünfte neue und stärkere Konzessionen an die Unternehmen machen: niedrigere Steuern, verbesserte Dienstleistungen, mehr Subventionen und eine Lokkerung der staatlichen Aufsicht in Bereichen wie Umweltschutz. Der Fall New York, dessen Not allenthalben auf den Titelseiten stand, dient dabei nur als Beispiel, als Lektion für die Arbeiterschaft und Armutsbevölkerung in anderen Städten und als Aufforderung, ähnlichen und noch drastischeren kostensenkenden Maßnahmen anderer lokaler Führungsgruppen keinen Widerstand entgegenzusetzen.

Entgegen allem Anschein ist die Bundesregierung von den Finanzsorgen der Städte nicht unberührt geblieben. Die städtische Finanzkrise hat, im Gegenteil, einer nationalen Wirtschaftspolitik Legitimität verliehen, die im Begriffe ist, die Ausgaben der öffentlichen Hand in den Vereinigten Staaten insgesamt zu senken – eine Wirtschaftspolitik, an der die großen Kapitalgruppen des Landes ein hohes Interesse haben. Die allmähliche Kürzung der Zuschüsse des Bundes an die älteren Stadtzentren in den letzten Jahren führt zusammen mit der Weigerung der Bundesregierung, am Rande des Bankrotts stehende Städte zu unterstützen, zu einer Verschiebung des Gleichgewichts zwischen öffentlichem und privatem Sektor in den Vereinigten Staaten, wo die Haushalte der Länder und Gemeinden in der Tat zwei Drittel der gesamten Regierungsausgaben repräsentieren. *Business Week* erklärte: »Das Wachstum der Regierungsausgaben muß so weit beschnitten werden, daß es im Bundeshaushalt zu Überschüssen kommt. [. . .] Der Anteil privater Investitionen am BSP kann so lange nicht steigen, bis die Regierungsausgaben sinken.« Wie auch immer man über das Ausmaß der Kapitalkrise in den Vereinigten Staaten denken mag, es besteht kein Zweifel, daß diese Methode der Kapitalbildung die unteren Einkommenskategorien der Bevölkerung am stärksten belasten wird (d. h. gerade diejenigen Gruppen, die aus einer Stärkung der Position des amerikanischen Kapitals und aus einer nachfolgenden Prosperitätsperiode den geringsten Nutzen ziehen werden). Kurz gesagt, unter dem Deckmantel der städtischen Finanzkrise haben sich lokale und nationale Kapitalinteressen zusammengeschlossen, um ihre totale Kontrolle über den Staatsapparat auf der kommunalen Ebene wiederherzustellen – auf der

Ebene nämlich, wo die Kämpfe von Teilen der Arbeiterschaft und der Armutsbevölkerung in den sechziger Jahren einige Konzessionen erzwungen hatten.

Die Auswirkungen dieser politischen Entwicklungen auf die in den Städten wohnenden Minderheiten treten bereits deutlich zutage. Für alle städtischen Bediensteten sinken die Reallöhne, allen werden Zusatzleistungen gestrichen, und viele Kommunalarbeiter werden entlassen. Am stärksten sind von den Entlassungen die Minderheiten betroffen, die während und in der Folge der Unruhen der sechziger Jahre angestellt wurden. In New York City zum Beispiel sind zwei Fünftel der schwarzen städtischen Bediensteten (und die Hälfte derjenigen spanischer Abstammung) entlassen worden. All dies geschieht zu einer Zeit, da die Arbeitslosenquote in den älteren Stadtzentren sich beinahe auf dem Niveau der Großen Depression befindet. Gleichzeitig sind die städtischen Dienstleistungen für die einzelnen Stadtviertel verringert worden, und zwar weitaus stärker in den ärmeren als in den gutsituierten Gegenden. Der Wohnungsbau in den Städten ist zum völligen Stillstand gekommen; der Zustand der Slums verschlimmert sich rapide. Arbeitslosigkeit und schlechte Wohnverhältnisse sind, wie man weiß, in den Slums der Innenstädte schon seit langem schwerwiegende Probleme; die in den sechziger Jahren errungenen Konzessionen haben in beiden Bereichen nur geringe Verbesserungen erbracht. Jetzt gehört jedoch eine hohe Arbeitslosenquote zur offiziellen nationalen und kommunalen Politik, und manche Stadtplaner setzen an die Stelle traditioneller Vorschläge zur Stadtsanierung neue Pläne zur völligen Zerstörung der Slums und zu deren Umwandlung in Industriegelände.

Vielen, die neu arbeitslos geworden sind, sowie denjenigen, die ohnehin niemals eine reguläre Beschäftigung gefunden hatten, bleibt das System der öffentlichen Wohlfahrt als letzte Zuflucht; doch die Wohlfahrtspraxis in den Vereinigten Staaten ist restriktiver geworden, wie sich aus der Tatsache erkennen läßt, daß die Zahl der Wohlfahrtsempfänger trotz rasch steigender Arbeitslosigkeit nur langsam zugenommen hat. Darüber hinaus wird versucht, die Kosten für öffentliche Wohlfahrt durch einschränkende Bestimmungen über Unterstützungsberechtigung oder durch Kürzung der Fürsorgesätze

zu senken. Massachusetts ist dafür ein Beispiel. Das Haushaltsdefizit wurde dort für 1975 auf 400 Millionen Dollar vorausberechnet, bei einem Gesamtetat von etwa 3 Milliarden Dollar. Am 15. April 1975 schlug Gouverneur Dukakis seine Lösung des Problems vor. Etwa 15 000 Menschen sollte die Unterstützung in der Kategorie »Allgemeine Fürsorge« (General Relief), die vom Land Massachusetts finanziert wird, gestrichen werden, indem staatliche Hilfeleistung an jede arbeitsfähige Person unter 40 Jahren verboten würde. Auch das AFDC-Programm sollte mit einer Reihe neuer Einschränkungen versehen werden, von denen die wichtigste die Angleichung der AFDC-Beträge an die Lebenshaltungskosten eliminieren sollte, so daß das reale AFDC-Einkommen infolge der Inflation fallen würde, wie in anderen Ländern und Gemeinden bereits geschehen. Insgesamt schätzte Dukakis die Einsparungen durch diese Restriktionen auf 300 Millionen Dollar, so daß das Haushaltsdefizit annähernd ausgeglichen würde. Diese »Lösung« wurde zu einer Zeit betrieben, da die Arbeitslosenquote in Massachusetts knapp unter 12% lag, was in absoluten Zahlen 320 000 Arbeitslose bedeutet.

Die Möglichkeiten zur Umkehrung dieser Kampagne gegen die städtische Armutsbevölkerung mit herkömmlichen politischen Methoden wären selbst unter ›normalen Umständen‹ überaus gering. Angesichts der Finanzkrise jedoch sind die Bemühungen der Interessengruppen, mit den Länder- und Kommunalregierungen die Aufrechterhaltung von Dienstleistungen und Arbeitsplätzen auszuhandeln, sinnlos geworden, und zwar einfach deshalb, weil die Krisenereignisse diesen Regierungen ihre früheren Machtbefugnisse entzogen haben. Länder- und Kommunalregierungen beziehen ihre Einkünfte überwiegend aus den lokal erhobenen Steuern, die wiederum von der Wirtschaftskonjunktur abhängig sind. Auch sind sie zur Ausgleichung ihrer Defizite auf den privaten Kreditmarkt angewiesen. Das bedeutet, daß Länder- und Kommunalpolitiker letztlich immer von denen abhängig sind, die die Entscheidungen über Investitionen und Anleihen treffen. Die wachsenden Defizite der Länder- und Kommunalhaushalte haben diese Abhängigkeit gewählter Regierungen in den letzten Jahren scharf hervortreten lassen. In der Tat haben in einigen Städten Geschäftsleute und Bankiers die Krise dazu benutzt,

die politische Machtverteilung in der jeweiligen Kommune grundlegend zu verändern und den gewählten Vertretern ihre tradierte formelle Autorität über die Haushaltsgestaltung zu entziehen.

Die offiziellen Erklärungen der städtischen Finanzkrise stellen diese Entwicklungen als unvermeidlich dar, als Resultat neutraler und unerbittlicher ökonomischer Prozesse, die die Städte einen Teil ihrer Einkünfte gekostet haben. Es gibt nicht genügend Geld, heißt es. Die öffentlichen, für die arbeitende und arme Bevölkerung bestimmten Ausgaben müssen daher gesenkt werden; gleichzeitig allerdings wird das Kapital mit Subventionen und Steuerprivilegien umworben, damit die Städte »gerettet« werden können. Die Überzeugungskraft dieser Erklärungen wird an der Wahlurne deutlich, wo die Wähler selbst in verschiedenen Volksentscheiden Vorschläge abgelehnt haben, die die Kapitalkosten erhöhen und zur Abwanderung von Unternehmen führen könnten. Diese Abstimmungen haben augenfällig gemacht, wie leicht die Bevölkerung Einkommens- und Finanzstrukturen von Ländern und Gemeinden zu tolerieren bereit ist, die deren Regierungen führenden Kapital- und Finanzinteressen unterordnen. Dementsprechend wird die Parole fiskalischer Sparsamkeit fast von allen Seiten unterstützt, auch von den Führern der kommunalen Lohnarbeitergewerkschaften, deren schwarze Mitglieder auf die Straße gesetzt werden, und von den Sprechern der Gettogemeinden, denen sämtliche Vorteile genommen werden, die sie in den sechziger Jahren hatten erringen können.

Während sich die Lebensbedingungen der städtischen Armutsbevölkerung verschlechtern, hat sich das Interesse an der sogenannten »Wohlfahrtsreform« verstärkt. Die Argumente der Reformbefürworter sind sehr verwirrend, da sie im allgemeinen fordern, das System müsse so verändert werden, daß es sowohl weniger koste als auch die Armen stärker unterstütze – zwei Ziele, die sich kaum zusammen verwirklichen lassen werden. In Wirklichkeit wird das amerikanische Wohlfahrtssystem der siebziger Jahre zunehmend restriktiver; aber diese Entwicklung wird von den Reformern ignoriert. Sie haben sich auf der Suche nach Unterstützung für ihre Vorschläge zur Veränderung der formellen Struktur des Wohlfahrtswesens der Kampagne gegen die Fürsorgeempfänger angeschlossen.

Sie fordern nicht, das System so zu reformieren, daß es für alle Unterstützungsbedürftigen sorgt, oder daß es den Empfängern von Unterstützung einen angemessenen Lebensstandard sichert, sondern sie verlangen eine bessere Koordinierung der Unterstützungsprogramme, weil die »Überschneidung« von Programmen es angeblich einigen wenigen ermöglicht, mehrfache Unterstützung zu beziehen. Außerdem betonen sie die Unfähigkeit des heutigen Wohlfahrtssystems, die Armen zur Arbeit anzuhalten, sowie die zunehmende Pathologie der städtischen Armutsbevölkerung, die gänzlich von der öffentlichen Wohlfahrt abhängig werde. Die Reformer stimmen damit in die »*workfare* statt *welfare*«-Rhetorik des weißen *backlash* ein. Sie haben zwar recht mit ihrer Bemerkung, daß das gegenwärtige Wohlfahrtssystem für die Probleme der von ihm abhängigen Menschen nicht die optimale Lösung darstellt. Wer in Amerika von der Fürsorge abhängig ist, führt kein sonderlich angenehmes Leben. Es gibt aber nun einmal aus all den erwähnten Gründen für die städtische Armutsbevölkerung in den USA nicht genügend Arbeitsplätze, und die vorhandenen Arbeitsplätze werfen häufig keine Einkünfte ab, die den Lebensunterhalt der Beschäftigten garantieren. Ist es denn besser, daß Menschen hungern, statt von der Fürsorge zu leben?

Anhang
Statistisches Quellenmaterial

Tabelle 1

Anzahl der AFDC-Unterstützungsfälle nach Regionen und Einzelstaaten in ausgesuchten Jahren seit 1940[a]

Quelle: HEW

a) einschließlich AFDC-UP; aufgrund von Auf- und Abrundung ergibt die Addition der Einzelbeträge in den Zahlenreihen nicht immer den Gesamtbetrag

	Dezember 1940		Dezember 1945			Dezember 1950				Dezember 1960			Dezember 1964				Februar 1969			
	Familien (in 1000)	Anteil (in %)	Familien (in 1000)	Anteil (in%)	Veränderung 1940-45 (in %)	Familien (in 1000)	Anteil (in%)	Veränderung 1945-50 (in %)	Veränderung 1940-50 (in %)	Familien in 1000)	Anteil (in %)	Veränderung 1950-60 (in %)	Familien (in 1000)	Anteil (in %)	Veränderung 1960-64 (in %)	Familien (in 1000)	Anteil (in %)	Veränderung 1964-69 (in %)	Veränderung 1960-69 (in %)	Anteil des Zuwachses nach 1964 am Gesamtzuwachs 1960-69 (in %)
USA insgesamt	360	100	274	100	−24	635	99	132	76	745	100	17	975	100	31	1545	100	58	107	71
Nord-Osten	102	28	68	25	−33	136	21	100	33	172	23	26	267	27	55	481	31	80	180	69
Connecticut	1		2		100	5		150	400	8		60	15		88	20		33	150	42
Maine	2		1		−50	4		300	100	6		50	5		−17	7		40	17	100
Massachusetts	12		7		−42	13		86	8	15		15	25		67	48		92	220	70
New Hampshire	1		1		−	2		100	100	1		−50	1		−	2		100	100	100
New Jersey	11		3		−73	5		67	−55	16		220	26		63	50		92	213	71
New York	24		25		4	56		124	133	69		23	119		72	256		115	271	73
Pennsylvania	49		26		−47	46		77	−6	52		13	69		33	86		25	65	50
Rhode Island	1		1		−	4		300	300	5		25	6		20	9		50	80	75
Vermont	1		1		−	1		−	−	1		−	1		−	3		200	200	100
Nord-Mitte	110	31	82	30	−25	135	21	65	23	172	23	27	227	23	32	306	20	35	78	59
Illinois	7		20		186	23		15	229	37		61	55		48	74		35	100	51
Indiana	17		6		−65	11		83	−35	11		−	12		9	14		17	27	67

	Dezember 1940		Dezember 1945				Dezember 1950			Dezember 1960			Dezember 1964				Februar 1969			
	Familien (in 1000)	Anteil (in %)	Familien (in 1000)	Anteil (in%)	Veränderung 1940-45 (in %)	Familien (in 1000)	Anteil (in%)	Veränderung 1945-50 (in %)	Veränderung 1940-50 (in %)	Familien in 1000)	Anteil (in %)	Veränderung 1950-60 (in %)	Familien (in 1000)	Anteil (in %)	Veränderung 1960-64 (in %)	Familien (in 1000)	Anteil (in %)	Veränderung 1964-69 (in %)	Veränderung 1960-69 (in %)	Anteil des Zuwachses nach 1964 am Gesamtzuwachs 1960-69 (in %)
Iowa	3		3		–	5		67	67	9		80	11		22	15		36	67	67
Kansas	6		3		−50	5		67	−17	6		?«	»		–«	;;		??	–›	««
Michigan	20		14		−30	26		86	30	27		4	39		44	51		31	89	50
Minnesota	9		5		−44	8		60	−11	10		25	14		40	18		29	80	50
Missouri	13		12		−8	25		108	92	26		4	26		–	30		15	15	100
Nebraska	6		2		−67	4		100	−33	3		−25	4		33	7		75	133	75
North Dakota	2		1		−50	2		100	–	2		–	2		–	3		50	50	100
Ohio	11		8		−27	15		88	36	28		87	42		50	61		45	118	58
South Dakota	2		1		−50	2		100	–	3		50	3		–	4		33	33	100
Wisconsin	13		6		−54	9		50	−31	10		11	11		10	21		91	110	91
Westen	43	12	24	9	−44	95	15	296	121	131	18	38	191	20	46	342	22	79	161	72
Arizona	3		1		−67	4		300	33	8		100	9		13	10		11	25	50
California	16		7		−56	56		700	250	79		41	127		61	252		98	219	72
Colorado	6		3		−50	5		67	−17	8		60	11		38	15		36	88	57
Idaho	3		1		−67	3		200	–	2		−33	3		50	3		–	50	–
Montana	2		1		−50	2		100	–	2		–	2		–	3		50	50	100
Nevada	–		–		–	–		–	–	1		–	1		–	2		100	100	100
New Mexico	2		3		50	5		67	150	8		60	7		−13	11		57	38	100
Oregon	2		1		−50	4		300	100	6		50	8		33	13		63	117	71
Utah	4		2		−50	3		50	−25	4		33	5		25	8		60	100	75
Washington	5		4		−20	11		175	120	12		9	17		42	22		29	83	50
Wyoming	1		–		−100	1		–	–	1		–	1		–	1		–	–	–
Süden	103	29	100	36	−3	269	42	169	161	270	36	–	290	30	7	416	27	43	54	86

	Dezember 1940		Dezember 1945			Dezember 1950				Dezember 1960			Dezember 1964			Februar 1969			
	Familien (in 1000)	Anteil (in %)	Familien (in 1000)	Anteil (in%)	Veränderung 1940-45 (in %)	Familien (in 1000)	Anteil (in%)	Veränderung 1945-50 (in %)	Veränderung 1940-50 (in %)	Familien in 1000)	Anteil (in %)	Veränderung 1950-60 (in %)	Familien (in 1000)	Anteil (in %)	Veränderung 1960-64 (in %)	Familien (in 1000)	Anteil (in %)	Veränderung 1964-69 (in %)	Veränderung 1960-69 (in %)	Anteil des Zuwachses nach 1964 am Gesamtzuwachs 1960-69 (in %)
Übriger Süden	75	21	74	27	−1	188	30	154	151	183	25	−3	201	21	10	278	18	38	52	81
Arkansas	6		4		−33	19		375	217	7		−63	7		−	10		43	43	100
Delaware	1		−		−100	1		−	−	2		100	3		50	5		67	150	67
Dist. of Columbia	1		1		−	2		100	100	5		150	4		−20	7		75	40	100
Florida	4		6		50	28		367	600	23		−18	28		22	45		61	96	77
Kentucky	−		5		−	24		380	−	21		−13	21		−	30		43	43	100
Maryland	7		3		−57	6		100	−14	9		50	19		111	30		58	233	52
North Carolina	10		6		−40	16		167	60	27		69	27		−	28		4	4	100
Oklahoma	19		16		−16	21		31	11	18		−14	18		−	23		28	28	100
Tennessee	14		11		−21	25		127	79	22		−12	19		−14	28		47	27	100
Texas	−		10		−	19		90	−	19		−	20		5	37		85	95	94
Virginia	4		4		−	8		100	100	10		25	11		10	16		45	60	83
West Virginia	9		7		−22	18		157	100	20		11	25		25	20		−20	−	−
Tiefer Süden	28	8	26	9	−7	81	12	212	189	87	12	7	88	9	1	137	9	56	57	98
Alabama	6		6		−	19		217	217	21		11	19		−10	25		32	19	100
Georgia	5		4		−20	17		325	240	16		−6	18		13	38		111	138	91
Louisiana	15		9		−40	28		211	87	21		−25	24		14	39		63	86	83
Mississippi	−		3		−	11		267	−	20		82	21		5	26		24	30	83
South Carolina	3		4		33	7		75	133	9		29	7		−22	10		43	11	100

Tabelle 2

AFDC-Unterstützungsfälle in städtischen Bezirken für ausgesuchte Jahre seit 1950 (in 100)[a]

Städtische Bezirke nach Regionen und Einzelstaaten	1950 Unterstützungsfälle	1960 Unterstützungsfälle	% Veränderung 1950-60	1964 Unterstützungsfälle	% Veränderung 1960-64	1969 Unterstützungsfälle	% Veränderung 1964-69	% Veränderung 1960-69	% Anteil des Zuwachses nach 1964 am Gesamtzuwachs 1960-69
USA insgesamt (alle Bezirke)	6352	7445	17%	9750	31%	15453	58%	107%	71%
121 städtische Bezirke[b]	2510	3391	35	4999	47	8978	80	165	71
5 größte[c]	988	1244	26	1925	55	3938	105	217	75
116 übrige	1522	2147	41	3074	43	5040	64	135	68
78 nördliche[d]	1955	2765	41	4223	53	7594	80	175	70
43 südliche	555	626	13	776	24	1384	78	121	80
alle nicht-städtischen Bezirke	3842	4054	6	4751	17	6475	36	60	71
nördliche	1702	1934	17	2631	33	3701	41	87	62
südliche	2140	2071	−3	2120	2	2774	31	34	93
Nord-Osten (alle städtischen Bezirke)	930	1180	27	1926	63	3669	91	211	70
Connecticut	47	68	45	132	94	171	30	151	38
Fairfield (Bridgeport)	12	17	42	34	100	44	29	159	37
Hartford	16	25	56	55	120	68	24	172	30
New Haven	19	26	37	43	65	59	37	127	48
Massachusetts	100	111	11	192	73	365	90	229	68
Bristol (New Bedford)	11	14	27	23	64	42	83	200	68
Hampden (Springfield)	7	10	43	18	80	35	94	250	68
Middlesex (Cambridge)	26	21	−19	36	71	67	86	219	67
Suffolk (Boston)	46	52	13	92	77	179	95	244	69

Worcester	10	14	40	23	64	42	83	200	68
New Jersey	34	116	241	190	64	349	84	201	68
Camden	5	18	260	24	33	36	50	100	67
Essex (Newark)	15	50	233	99	98	175	77	250	61
Hudson (Jersey City)	5	17	240	24	41	54	125	218	31
Mercer (Treuton)	3	11	267	15	36	25	67	217	71
Passaic (Patterson)	3	11	267	18	64	39	117	255	75
Union (Elizabeth)	3	9	200	10	11	20	100	122	91
New York	488	588	20	1005	71	2224	121	278	75
Albany	5	4	−20	7	75	15	114	275	73
Erie (Buffalo)	27	43	59	75	74	92	23	114	35
Monroe (Rochester)	12	15	25	28	87	43	54	187	54
New York City	413	431	16	810	68	1922	137	300	77
Niagara (Niagara Falls)	5	5	–	15	200	18	20	260	23
Oneida (Utica)	8	10	25	17	70	23	35	130	46
Onondaga (Syracuse)	7	15	114	28	87	50	79	233	63
Westchester (Yonkers)	11	15	36	25	67	61	144	307	78
Pennsylvania	232	258	11	358	39	486	36	88	56
Allegheny (Pittsburgh)	79	94	19	140	49	147	5	56	13
Erie	5	11	120%	12	9%	17	42%	55%	83%
Lackawanna (Scranton)	14	14	–	14	–	11	−21	−21	–
Lehigh (Allentown)	2	2	–	4	100	5	25	150	33
Philadelphia	132	137	4	138	37	306	63	123	70
Rhode Island	29	39	34	49	26	74	51	90	71
Providence	29	39	34	49	26	74	51	90	71
Nord-Mitte (alle städtischen Bezirke)	543	900	66	1289	43	1863	45	107	60
Illinois	141	261	85	359	38	549	53	110	66
Cook (Chicago)	138	252	82	345	37	527	53	109	60
Peoria	2	4	100	6	50	12	100	200	75
Winnebago (Rockford)	1	5	400	8	60	10	25	100	40
Indiana	45	65	44	67	3	84	25	29	89
Allen (Fort Wayne)	3	7	133	7	–	9	29	29	100

Städtische Bezirke nach Regionen und Einzelstaaten	1950 Unterstützungsfälle	1960 Unterstützungsfälle	% Veränderung 1950-60	1964 Unterstützungsfälle	% Veränderung 1960-64	1969 Unterstützungsfälle	% Veränderung 1964-69	% Veränderung 1960-69	% Anteil des Zuwachses nach 1964 am Gesamtzuwachs 1960-69
Lake (Gary)	15	23	53	27	17	43	59	87	80
Marion (Indianapolis)	18	22	22	20	−9	19	−5	−14	–
St. Joseph (South Bend)	5	8	60	9	13	9	–	13	–
Vanderburgh (Evansville)	4	5	25	4	−20	4	–	−20	–
Iowa	6	16	167%	17	6%	22	29%	38%	83%
Polk (Des Moines)	6	16	167	17	6	22	29	38	83
Kansas	15	25	67	38	52	59	55	136	62
Sedgwick (Wichita)	8	16	100	23	44	31	35	94	53
Shawnee (Topeka)	2	4	100	6	50	8	33	100	50
Wyandotte (Kansas City)	5	5	–	9	80	20	122	300	75
Michigan	113	156	38	235	51	297	26	90	44
Ingham (Lansing)	5	7	40	9	29	12	33	71	60
Genesee (Flint)	9	7	−22	14	100	30	114	329	70
Kent (Grand Rapids)	6	9	50	16	78	19	19	111	30
Wayne (Detroit)	93	133	43	196	47	236	20	77	39
Minnesota	30	50	67	81	62	115	42	130	52
Hennepin (Minneapolis)	16	30	88	50	67	70	40	138	50
Ramsey (St. Paul)	7	12	71	21	75	33	57	175	57
St. Louis (Duluth)	7	8	14	10	25	12	20	50	50
Missouri	89	112	26	124	11	152	23	36	70
Jackson (Kansas City)	24	30	25	33	10	40	21	33	70
St. Louis	65	82	26	91	11	112	23	37	70
Nebraska	13	11	15	18	64	38	111	245	74
Douglas (Omaha)	11	9	−18	15	67	32	113	256	74
Lancaster (Lincoln)	2	2	–	3	50	6	100	200	76
Ohio	69	164	138%	298	82%	443	49%	170%	52%

Cuyahoga (Cleveland)	23	51	122	100	96	153	53	200	52
Franklin (Columbus)	6	28	367	51	82	83	63	196	58
Hamilton (Cincinnati)	23	36	57	58	61	69	19	92	33
Lucas (Toledo)	5	14	180	28	100	43	54	207	52
Mahoning (Youngstown)	2	2	–	3	300	18	125	800	63
Montgomery (Dayton)	4	15	275	20	33	34	70	127	74
Stark (Canton)	2	7	250	9	29	11	22	57	50
Summit (Akron)	4	11	175	24	118	32	33	191	33
Wisconsin	22	40	82	52	30	104	100	160	81
Dane (Madison)	6	6	–	7	16	13	86	117	86
Milwaukee	16	34	113	45	32	91	102	168	81
Westen (alle städtischen Bezirke)	482	685	42	1008	47	2062	105	201	77
Arizona	24	46	92	63	37	69	10	50	26
Maricopa (Phoenix)	18	37	106	50	35	49	–2	32	–
Pima (Tucson)	6	9	50	13	44	20	54	122	64
California	359	499	39	742	49	1691	128	239	80
Alameda (Oakland)	33	59	79	74	25	158	114	168	85
Fresno	24	38	58%	55	45%	92	67%	142%	69%
Los Angeles	212	241	14	386	60	947	145	293	79
Orange (Anaheim)	5	13	160	20	54	59	195	354	85
Sacramento	14	32	129	53	66	102	92	219	70
San Diego	28	40	43	46	15	107	133	168	91
San Francisco	27	43	59	56	30	114	104	165	82
Santa Clara (San Jose)	16	33	106	52	58	112	115	239	76
Colorado	20	29	45	44	52	66	50	128	59
Denver	20	29	45	44	52	66	50	128	59
New Mexico	–	16	–	21	31	38	81	138	77
Bernalillo (Albuquerque)	–	16	–	21	31	38	81	138	77
Oregon	17	25	47	31	24	47	52	88	73
Multnotnah (Portland)	17	25	47	31	24	47	52	88	73
Washington	51	54	6	83	54	110	33	104	48
King (Seattle)	29	25	–14	46	84	57	24	128	34

Städtische Bezirke nach Regionen und Einzelstaaten	1950 Unterstützungsfälle	1960 Unterstützungsfälle	% Veränderung 1950-60	1964 Unterstützungsfälle	% Veränderung 1960-64	1969 Unterstützungsfälle	% Veränderung 1964-69	% Veränderung 1960-69	% Anteil des Zuwachses nach 1964 am Gesamtzuwachs 1960-69
Pierce (Tacoma)	12	13	8	16	23	26	63	100	77
Spokane	10	16	60	21	31	27	29	69	55
Utah	11	16	45	24	50	41	71	156	68
Salt Lake (Salt Lake City)	11	16	46	24	50	41	71	156	68
Süden (alle städtischen Bezirke)	555	626	13	776	24	1384	78	121	80
Tiefer Süden	193	146	−24	174	19	337	94	131	35
Alabama	48	41	−15	44	7	70	59	71	90
Jefferson (Birmingham)	32	24	−25	23	−4	34	48	42	100
Mobile	7	13	86	17	31	31	82	138	78
Montgomery	9	4	−56	4	–	5	25	25	100
Georgia	46	31	−33%	38	23%	106	179%	242%	91%
Chatham (Savannah)	10	6	−40	9	50	22	144	267	81
Fulton (Atlanta)	30	21	−30	25	19	71	184	238	92
Muscogee (Columbus)	6	4	−33	4	–	13	225	225	100
Louisiana	94	57	−39	73	28	136	86	139	80
Caddo (Shreveport)	18	13	−28	18	38	22	22	69	44
East Baton Rouge (Baton Rouge)	10	10	–	9	−10	17	89	70	100
Orleans (New Orleans)	66	34	−48	46	35	97	111	185	81
Mississippi	5	17	240	19	12	25	32	47	75
Hinds (Jackson)	5	17	240	19	12	25	32	47	75
Übriger Süden	362	480	33	602	25	1047	74	118	78
Arkansas	15	8	−47	8	–	13	63	63	100
Pulaski (Little Rock)	15	8	−47	8	–	13	63	63	100
Washington, D. C.	22	50	127	42	−16	70	67	40	100
Florida	71	78	10	100	28	181	81	132	79

Dade (Miami)	16	25	56	37	48	66	78	164	71
Duval (Jacksonville)	29	27	−7	29	7	49	69	81	91
Hillsborough (Tampa)	19	16	−16	21	31	43	105	169	81
Pinellas (St. Petersburg)	7	10	43	13	30	23	77	130	77
Kentucky	17	27	59%	32	19%	59	84%	119%	84%
Jefferson (Louisville)	17	27	59	32	19	59	84	119	84
Maryland	43	53	23	121	128	202	67	281	54
Baltimore	43	53	23	121	128	202	67	281	54
North Carolina	18	38	111	43	13	45	5	18	29
Forsyth (Winston-Salem)	6	14	183	19	36	18	−5	29	8
Guilford (Greensboro)	6	12	100	13	8	12	−8	–	–
Mecklenburg (Charlotte)	6	12	100	11	−8	15	36	25	100
Oklahoma	23	46	100	55	20	79	44	72	73
Oklahoma (Oklahoma City)	10	25	150	30	20	48	60	92	78
Tulsa	13	21	62	25	19	31	24	48	60
Tennessee	53	68	28	70	3	130	86	91	97
Davidson (Nashville)	10	9	−10	9	–	18	100	100	100
Hamilton (Chattanooga)	11	13	18	14	8	19	36	46	83
Knox (Knoxville)	16	14	−13	13	−7	21	62	50	100
Shelby (Memphis)	16	32	100	34	6	72	112	125	95
Texas	72	80	11	92	15	195	112	144	90
Bexar (San Antonio)	17	19	12	26	37	46	77	142	74
Dallas	12	13	8	16	23	47	194	262	91
El Paso	4	6	50	6	–	9	50	50	109
Harris (Houston)	19	13	−32	14	8	39	179	200	96
Jefferson (Beaumont)	2	3	50	4	33	7	75	133	75
Lubbock	–	1	–	1	–	4	300	300	100
Nueces (Corpus Christi)	4	7	75	6	14	10	67	43	100
Potter (Amarillo)	1	1	–	1	–	1	–	–	–
Tarrant (Fort Worth)	8	11	38	11	–	15	36	36	100
Travis (Austin)	4	5	25%	5	–%	14	180%	180%	100%
Wichita (Wichita Falls)	1	1	–	2	100	3	50	200	50
Virginia	28	32	14	39	22	73	87	128	83

	1948	1953	1961	1967[c]	% Veränderung 1948-53	1953-61	1961-67
Ohio	27	33	50	55	22	52	10
South Dakota	0	0	0	1	–	–	–
Wisconsin	3	7	21	27	133	200	29
WESTEN							
Arizona	11	10	16	18	–9	60	13
California	16	27	34	32	7	26	–6
Colorado	5	9[b]	12	3	8	44	–75
Idaho	0	7[b]	2	0	–	–71	–100
Montana	0	0	1	1	–	–	–
Nevada	o. A.	o. A.	36	46	o. A.	o. A.	28
New Mexico	1	1	6	6	–	500	–
Oregon	6	9	o. A.	9	50	o. A.	o. A.
Utah	1	5[b]	3	2	400	–40	–33
Washington	5	8	8	10	60	–	25
Wyoming	1	4[b]	6	8	300	50	33
SÜDEN							
Übriger Süden							
Arkansas	25	35	40	61	40	14	53
Delaware	47	62	73	71	32	18	–3
D. of C.	83	90	93	97	8	3	4
Florida	50	66	66	76	32	–	15
Kentucky	14	21	21	27	50	–	29
Maryland	62	69	66	74	11	4	12
N. Carolina	36	44	54	69	22	23	23
Oklahoma	25	38	38	38	52	–	–
Tennessee	16	28	41	53	75	46	27
Texas	43	36	38	41	–16	6	8
Virginia	46	52	59	67	13	13	14
West Virginia	6	8	10	9	33	25	–10
Tiefer Süden							
Alabama	37	55	62	70	49	13	13
Georgia	32	43	48	70	34	12	46
Louisiana	53	67	68	77	26	1	13
Mississippi	25	62	76	86	148	23	13
S. Carolina	55	61	64	75	11	5	17

Quelle: HEW

a) unter Ausschluß von AFDC-UP, sofern nicht anders vermerkt.

b) gesamte nicht-weiße Bevölkerung.

c) unter Einschluß von AFDC-UP.

o. A. ohne Angabe.

Tabelle 5

Anzahl der erhaltenen und bewilligten AFDC-Anträge 1960-1968 (in 1000)[a]

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
USA insgesamt									
Bewillungen	323	451	440	449	520	531	577	679	762
Eingänge	588	751	746	788	853	858	902	998	1088
Nord-Osten									
Bewilligungen	100	155	155	168	167	165	176	221	260
Eingänge	159	231	239	254	249	246	252	294	329
Nord-Mitte									
Bewilligungen	61	88	89	81	101	95	93	97	113
Eingänge	107	142	137	135	155	146	145	144	162
Westen									
Bewilligungen	64	74	76	86	136	152	170	205	234
Eingänge	113	133	134	156	206	223	261	306	349
Süden									
Bewilligungen	101	127	119	117	122	123	134	152	161
Eingänge	210	245	237	244	243	242	244	254	248
Tiefer Süden									
Bewilligungen	36	38	33	33	35	35	39	45	59
Eingänge	80	82	77	79	77	77	79	84	89
Übriger Süden									
Bewilligungen	65	91	84	84	86	87	96	105	103
Eingänge	130	163	159	164	166	165	165	170	159

a) Unter Einschluß von AFDC-UP; die Zahlen für 1968 beruhen auf Schätzungen und können mit den offiziellen Zahlen differieren, die später vom HEW veröffentlicht wurden; auf Grund von Auf- und Abrundung ergibt die Addition der Beträge für die einzelnen Regionen nicht immer den Gesamtbetrag.

Bibliographie

Kapitel 1

Ashley, William J., *Englische Wirtschaftsgeschichte*, Teil II, Vom 14. bis zum 16. Jahrhundert. Leipzig 1896.

Davis, Natalie Zemon, *Poor Relief, Humanism and Heresy*, Manuskript, vorgelegt auf der Newberry Library Renaissance Konferenz in Chikago, 16. April 1966.

de Schweinitz, Karl, *England's Road to Social Security: From the Statute of Laborers in 1349 to the Beveridge Report of 1942*, Philadelphia 1943.

Hammond, J. L. und Barbara, *The Town Labourer, 1760-1832: The New Civilisation*, London 1917.

Hammond, J. L. und Barbara, *The Village Labourer*, London 1948, 2 Bde.

Hobsbawm, Eric J., *Industrie und Empire. Britische Wirtschaftsgeschichte seit 1750*, Frankfurt/M. 1969, 2 Bde.

Hobsbawm, Eric J. und Rudé, George, *Captain Swing*, New York 1968.

Jahoda, Marie, Lazarsfeld, Paul F., und Zeisel, Hans, *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch*, Frankfurt/M. 1975 (1933).

Leonard, E. M., *The Early History of English Poor Relief*, Cambridge 1900.

Mac Donagh, Oliver, *Ireland*, Englewood Cliffs 1968.

Mantoux, Paul, *The Industrial Revolution in the Eighteenth Century: An Outline of the Beginnings of the Modern Factory System in England*, New York 1962.

Mill, John Stuart, *The Letters of John Stuart Mill*, hrsg. von Hugh S. R. Elliot, Bd. I, London 1910.

Monypenny, William Flavelle, *The Life of Benjamin Disraeli Earl of Baconsfield*, Bd. I, *1804-1837*, New York 1911.

Morus, Thomas, *Utopia*, in: Klaus J. Heinisch (Hrsg.), *Der utopische Staat*, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt 1960.

Nicholls, Sir George, *A History of the English Poor Law, in Connection with the State of the Country and the Condition of the People*, Bd. II, *A. D. 1714 to 1853*, New York 1898.

Polanyi, Karl, *The Great Transformation*, Boston 1957.

Senior, Nassau W., *Industrial Efficiency and Social Economy*, Bd. II, New York 1928.

Trevelyan, G. M., *Kultur- und Sozialgeschichte Englands. Ein Rückblick auf sechs Jahrhunderte von Chaucer bis Queen Victoria*, Hamburg 1948.

Vivès, Juan-Luis, *Concerning the Relief of the Poor or Concerning Human Need: A Letter Addressed to the Senate of Bruges, January 6, 1526*, New York 1917.

Webb, Sidney und Beatrice, *English Poor Law History*, Teil I, *The Old Poor Law*, Hamden, Conn. 1963.

Webb, Sidney und Beatrice, *English Poor Law History*, Teil II, *The Last Hundred Years*, London 1929, Bd. I and II (*English Local Government*, Bd. 8.)

Kapitel 2

Abbott, Edith, *The Tenements of Chicaco, 1908-1935*, Chicago 1936.

Breckinridge, Sophonisba P. (Hrsg.), *Public Welfare Administration in the United States: Select Documents*, Chicago 1927.

Bremner, Robert H., *From the Dephts: The Discovery of Poverty in the United States*, New York 1956.

Brophy, Alice und Hallowitz, George, *Pressure Groups and the Relief Administration in New York City*, New York School of Social Work, 1937 (unveröffentl. Ms.).

Brown, Josephine Chapin, *Public Relief 1929-1939*, New York 1940.

Colcord, Joanna C. u. a., *Emergency Work Relief as Carried Out in Twenty-six American Communities, 1930-1931, with Suggestions for Setting Up a Program*, New York 1932.

Congressional Record, 1932, Bd. 75, S. 3067-3260.

Douglas, Paul H., *Social Security in the United States: An Analysis and Appraisal of the Federal Social Security Act*, New York 1936.

Gifford, Walter S., *Cities, Counties, States Can Handle the Situation*, in: *Survey*, 1. Februar 1932, Nr. 67, S. 466.

Gosnell, Harold F., *Machine Politics: Chicago Model*, Chicago 1937.

Gosnell, Harold F., *Negro Politicians: The Rise of Negro Politics in Chicago*, Chicago 1935.

Greenstein, Harry, *The Maryland Emergency Relief Program – Past and Future*, Rede vor der Maryland Conference of Social Work, 25. Februar 1935.

Hopkins, Harry L., *Spending to Save: The Complete Story of Relief*. New York 1936.

Lynd, Robert S., und Helen Merrell, *Middletown in Transition: A Study in Cultural Conflicts*, New York 1937.

Maxwell, James A., *Financing State and Local Governments*, überarb. Ausg. Washington 1969.

McCaffrey, Lawrence J., *The Irish Question, 1890-1922*, Lexington 1968.

Nathan, Robert R., *Estimates of Unemployment in the United States*,

1929-35, Genf 1936.

Pinchot, Gifford, *The Case for Federal Relief*, in: *Survey*, 1. Januar 1932, 67, S. 348 f.

Rauch, Basil, *The History of the New Deal 1933-1938*, New York 1944.

Roosevelt, Franklin D., *The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt*, zusammengestellt von Samuel I. Roseman, Bd. I, New York 1938.

Schlesinger, Arthur M., Jr., *The Age of Roosevelt*, Bd. I: *The Crisis of the Old Order, 1919-1933*, Boston 1957.

Schlesinger, Arthur M., Jr., *The Age of Roosevelt*, Bd. III: *The Politics of Upheaval*, Boston 1960.

Seymour, Helen, Unveröffentl. Bericht an das Committee on Social Security of the Social Science Research Council, 1. Dezember 1937.

Seymour, Helen, *The Organized Unemployed*, Phil. Diss. Chicago 1937.

Social Work Today, August 1934.

Terkel, Studs, *Hard Times: An Oral History of the Great Depression*, New York 1970. (Gekürzte dtsch. Ausg.: *Der Große Krach*, Frankfurt/M. 1972.)

Unemployed Council and Affiliated Action Committee, Port Angeles, Washington, *Call to Action*, 20. Juli 1933.

U. S. Bureau of the Census, *Relief Expenditures by Governmental and Private Organizations, 1929 and 1931: A Special Report*, Washington 1931.

U. S. Bureau of the Census, *Statistical Abstract of the United States: 1940*, Washington 1941.

U. S. Conference of Mayors, *Annual Proceedings, 1933*, Chicago 1933.

U. S. Senate, *Relief Legislation, 1803-1931*. Aussage in Hearings vor einem Unterausschuß des Committee on Manufacturers auf S. 5125, *To Provide Federal Aid for Unemployment Relief*, 73. Kongreß, 1. Sitzungsperiode, 3. Februar 1933, Teil 2. Washington 1933.

U. S. Senate, *Unemployment Relief*, Hearings vor einem Unterausschuß des Committee on Manufactures auf S. 174 und 262, 72. Kongreß, 1. Sitzungsperiode, 28.-30. Dezember 1931 und 4.-9. Januar 1932. Washington 1932.

Winslow, Emma A., *Trends in Different Types of Public and Private Relief in Urban Areas, 1929-35*, Washington 1937.

Kapitel 3

Abbot, Grace, *The Child and the State*, Bd. II, Chicago 1938.

Bakke, E. Wight, *Citizens Without Work: A Study of the Effects of Unemployment Upon the Workers' Social Relations and Practices*, New

Haven 1940.
Banfield, Edward C., *Government Project*, Glencoe, III. 1951.
Benjamin, Herbert, *Why We Marched*, in: *Social Work Today*, Oktober 1937.
Brophy, Alice und Hallowitz, George, *Pressure Groups and the Relief Administration in New York City*, New York School of Social Work, 8. April 1937 (unveröffentl. Ms.).
Brown, Josephine Chapin, *Public Relief 1929-1939*, New York 1940.
Burns, James MacGregor, *Roosevelt: The Lion and the Fox*, New York 1956.
Cross, Frank Clay, *Revolution in Colorado, in: Nation*, 7. Februar 1934, Nr. 138, S. 152 f.
Douglas, Paul H., *Social Security in the United States: An Analysis and Appraisal of the Federal Social Security Act*, New York 1939.
Federal Works Agency, *Workers Dropped from WPA in Accordance with the 18-months Provision in the 1939 Relief Act*, Division of Research, Works Projects Administration, 24. Januar 1940.
Fortune, Dezember 1935.
Gilpin, DeWitt, *Fired for Inefficiency*, in: *Social Work Today*, November 1935, Bd. 3, S. 11-13.
Gosnell, Harold F., *Machine Politics: Chicago Model*, Chicago 1937.
Holtzman, Abraham, *The Townsend Movement: A Political Study*, New York 1963.
Hopkins, Harry L., *Spending to Save: The Complete Story of Relief*, New York 1936.
Howard, Donald S., *The WPA and Federal Relief Policy*, New York 1943.
Messinger, Sheldon L., *Organizational Transforamation: A Case Study of a Declining Social Movement*, in: *American Sociological Review*, 1955, Bd. 20, S. 3-10.
Rauch, Basil, *The History of the New Deal, 1933-1938*, New York 1944.
Roberts, Verl E., *Survey of Workers Separated from WPA Employment in Nine Areas, 1937*, Washington 1938.
Rodman, Selden, *Lasser and the Workers' Alliance*, in: *Nation*, 10. Sept. 1938, Nr. 147, S. 242-44.
Rogg, Nathan, *The Unemployed Unite*, in: *Social Work Today*, Juni 1936, S. 13-15.
Schlesinger, Arthur M., Jr., *The Age of Roosevelt*, Bd. II, *The Coming of the New Deal*, Boston 1958.
Schlesinger, Arthur M., Jr., *The Age of Roosevelt*, Bd. III. *The Politics of Upheaval*, Boston 1960.
Seymour, Helen, *The Organized Unemployed*, Diss. soc. sc., Chicago 1937.

Seymour, Helen, *Report to the Committee on Social Security of the Social Science Research Council*, 1. Dezember 1937 (unveröffentl. Ms.).

Swing, Raymond Gram, *Dr. Townsend Solves It All*, in: *Nation*, 6. März 1935, Nr. 140, S. 268-270.

Terkel, Studs, *Hard Times: An Oral History of the Great Depression*, New York 1970 (deutsch: *Der Große Krach*, Frankfurt/Main 1972, gekürzt).

U. S. Bureau of the Census, *Statistical Abstract of the United States: 1936*, Washington 1973.

U. S. Bureau of the Census, *Statistical Abstract of the United States: 1940*, Washington 1941.

Kapitel 4

Bell, Winifred, *Aid to Dependent Children*, New York 1965.

Brown, Josephine Chapin, *Public Relief 1929-1939*, New York 1940.

Bruno, Frank J., *Trends in Social Work as Reflected in the Proceedings of the National Conference of Social Work 1874-1946*, New York 1948.

Burgess, M. Elaine und Price, Daniel O., *An American Dependency Challenge*, A Study made by the Institute for Research in Social Science of the University of North Carolina for the American Public Welfare Association, Chicago 1963.

Chilton, Roland A., *Consequences of a State Suitable Home Law for ADC Families in Florida*, Tallahassee 1968.

Cloward, Richard A., and Piven, Frances Fox, *Mississippi: Starving by the Rule Book*, in: *Nation*, 1967, Nr. 204, S. 429-31.

Dunbar, Anthony, *The Will to Survive: A Study of a Mississippi Plantation Community Based on the Words of its Citizens*, Atlanta 1969.

Mantoux, Paul, *The Industrial Revolution in the Eighteenth Century: An Outline of the Beginnings of the Modern Factory System in England*, New York 1962.

Myrdal, Gunnar, *An American Dilemma: The Negro Problem and Modern Democracy*, New York 1944.

Public Affairs Research Council, *PAR Report on Welfare No. 4*, Baton Rouge 1954.

Schorr, Alvin L., *Problems in the ADC Program*, in: *Social Work*, April 1960, Nr. 5, S. 3-15.

Schorr, Alvin L. und Wagner, Carl, *Cash and Food-Programs in Virginia*, Studie für das Select Committee on Nutrition and Human Needs des U. S. Senate, Washington 1969 (mimeo).

Steiner, Gilbert Y., *Social Insecurity: The Politics of Welfare*, Chicago 1966.

U. S. Commission on Civil Rights, *Gary Midtown West Families on*

AFDC. Aussagen vor dem Unterausschuß von Indiana, Dez. 1966, Washington 1967.

U. S. Commission on Civil Rights, Unveröffentlichte Aussagen vor dem Unterausschuß von Illinois während eines Hearing in Cairo, Illinois, 10. Juni 1966. Die Mitschrift ist im Büro der Kommission in Washington, D. C. einzusehen.

U. S. Commission on Civil Rights, *Staff Report on Public Assistance in Alabama,* Washington o. J.

U. S. Department of Health, Education and Welfare, *Study of Recipients of Aid to Families with Dependent Children, November-December 1961: National Cross Tabulations,* Washington 1965.

U. S. Manpower Administration, *Barriers to Employment of the Disadvantaged,* 1968 manpower report of the President, Washington 1968.

Kapitel 5

Ayres, Philip W., *Experiments in Relief in Work,* in: *Proceedings of the National Conference of Charities and Correction,* Boston 1892.

Bell, Winifred, *Aid to Dependent Children,* New York 1965.

Bell, Winifred, *The ›Rights‹ of the Poor: Welfare Witch-Hunts in the District of Columbia,* in: *Social Work* 1968, Nr. 13, S. 60-67.

Briar, Scott, *Welfare from Below: Recipients' Views of the Welfare System,* in: Jacobus ten Broek (Hrsg.), *The Law of the Poor,* San Francisco 1966.

Brown, Josephine Chapin, *Public Relief 1929-1939,* New York 1940.

Burgess, M. Elaine und Price, Daniel O., *An American Dependency Challenge,* Chicago 1963.

Cloward, Richard A., und Piven, Frances Fox, *Workers and Welfare: The Poor Agains Themselves,* in: *Nation* 1968, Nr. 207, S. 558-562.

Consent or Sarve, Editorial, in: *New Republic,* 21. Oktober 1967, Nr. 157, S. 12-13.

de Schweinitz, Karl, *England's Road to Social Security: From the Statute of Laborers in 1349 to the Beveridge Report of 1942, Philadelphia 1943.*

Dunbar, Anthony, The Will to Survive: A Study of a Mississippi Plantation Community Based on the Words of its Citizens, Atlanta 1969.

Dunning, Richard, *A Plain and Easie Method,* 1686.

Elman, Richard M., *The Poorhouse State: The American Way of Life on Public Assistance,* New York 1966.

Gordon, Joan, *The Poor of Harlem: Social Functioning in the Underclass: A Report to the Welfare Administration,* New York 1965.

Greenleigh Associates, *Factual Data: Report to the Moreland Commission,* New York 1962.

Greenleigh Associates, *Studys of Services to Deal with Poverty in Detroit, Michigan,* New York 1965.

Handler, Joel F. und Hollingsworth, Ellen Jane, *The Administration of Social Services and the Structure of Dependency: The Views of AFDC Recipients,* in: *Social Service Review,* 1969, Bd. 43, S. 406-420.

Heisterman, Carl A. und Keener, Paris F., *Further Poor Law Notes,* in: *Social Service Review,* 1934, Bd. 8, S. 43-49.

Hopkins, Harry L., *Spending to Save: The Complete Story of Relief,* New York 1936.

Marshall, Dorothy, *The English Poor in the Eighteenth Century: A Study in Social and Administrative History,* London 1926.

Mugge, Robert H., *Aid to Families with Dependent Children: Initial Findings of the 1961 Report on the Characteristics of AFDC Recipients,* in: *Social Security Bulletin,* März 1963, Bd. 26, S. 3.

New York State Department of Social Services, *The Administration of Aid to Families with Dependent Children in New York City, November 1968-February 1969,* Albany 1969.

New York Times 7. April 1969, 11. Januar und 8. Februar 1970.

Sauber, Migong, und Rubinstein, Elaine, *Experiences of the Unwed Mother as a Parent: A Longitudinal Study of Unmarried Mothers Who Keep Their First-born,* New York 1965.

Schorr, Alvin und Wagner, Carl, *Cash and Food Programs in Virginia,* Washington 1969 (mimeo).

Scott, Robert A., *The Making of Blind Men: A Study of Adult Socializiation,* New York 1969.

U. S. Commission on Civil Rights, Unveröffentlichte Aussagen vor dem Unterausschuß von Illinois während eines Hearings in Cairo, Illinois, 10. Juni 1966.

U. S. Department of Health, Education, and Welfare, *Study of Recipients of Aid to Families with Dependent Children, November-December, 1961: National Cross Tabulations,* Washington 1965.

U. S. Welfare Administration, *Operation Big City: A Review of How the Needs of People Coming to Public Welfare Agencies Are Met in Six Metropolitan Areas,* Washington 1965.

Winston, Ellen C., Foreword, in: *A Constructive Public Welfare Program,* Washington 1965.

Kapitel 6

Lurie, Irene, *An Economic Evaluation of Aid to Families with Dependent Children,* Washington 1968.

Moynihan, Daniel P., *The Negro Familiy: The Case for National Action,* Washington 1965.

U. S. Department of Agriculture, Economic Research Service, *U. S. Population Mobility and Distribution: Charts on Recent Trends,* Washington 1969.

U. S. National Advisory Commission on Civil Disorders, *Report of the National Advisory Commission on Civil Disorders.* New York 1968.

Kapitel 7

Albin, Peter S., and Stein, Bruno, *The Constrained Demand for Public Assistance,* in: *Journal of Human Resources,* 1968, Bd. 3, S. 300-311.

Beardwood, Roger, *The Southern Roots of Urban Crisis,* in: *Fortune,* August 1968.

Center for Reserach in Marketing, Inc., *The Negro Population: 1965 Estimates and 1970 Projections,* Peekskill, N. Y. 1966.

Cloward, Richard A. und Piven, Frances Fox, *Mississippi: Starving by the Rule Book,* in: *Nation,* 1967, Nr. 204, S. 429-431.

Dunbar, Anthony, *The Will to Survive: A Study of a Mississippi Plantation Community Based on the Words of Its Citizens,* Atlanta 1969.

Greenleigh Associates, *Report of the Diagnostic Survey of Tenant Households in the West Side Urban Renewal Area of New York City,* New York, Januar 1965.

Greenleigh Associates, *Study of Services to Deal with Poverty in Detroit Michigan,* New York, März 1965.

Inglis, Brian, *The Story of Ireland,* London 1956.

Kotz, Nick, *Let Them Eat Promises: The Politics of Hunger in America,* Englewood Cliffs, N. J. 1969.

Maryland State Department of Public Welfare, *A Report on Caseload Increase in the Aid to Families with Dependent Children Program, 1960-66,* Baltimore 1967.

Schorr, Alvin und Wagner, Carl, *Cash and Food Programs in Virginia,* Washington 1969 (mimeo).

U. S. Department of Agriculture, Economic Research Service, *The Hired Farm Working Force of 1964,* Washington, August 1965.

U. S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics, *The Negroes in the United States: Their Economic and Social Situation, June 1966,* Washington 1968.

U. S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics, *Recent Trends in Social and Economic Conditions of Negroes in the United States, July 1968,* Washington 1969.

U. S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics, *Social and Economic Conditions of Negroes in the United States, October 1967,* Washington 1967.

U. S. President's National Advisory Commission on Rural Poverty, *The People Left Behind,* Washington 1967.

Aptheker, Herbert, *American Slave Revolts,* New York 1943.

Banfield, Edward, *Roots of the Draft Riots,* in: *New York Magazine,* 29. Juli 1968, S. 55-57.

Burgess, Margaret Elaine, *Negro Leadership in a Southern City,* Chapel Hill 1962.

Center for Research in Marketing, Inc., *The Negro Population: 1965 Estimates and 1970 Projections,* Peekskill, N. Y., 1966.

Clark, Kenneth B., *Dark Ghetto: Dilemmas of Social Power,* New York 1965. (Deutsch: *Schwarzes Getto,* Düsseldorf–Wien 1967.)

Alexis de Tocqueville, *Der alte Staat und die Revolution,* hrsg. v. J. P. Mayer, Bremen o. J.

Elkins, Stanley M., *Slavery: A Problem in American Institutional and Intellectual Life,* Chicago 1959.

Franklin, John Hope, *From Slavery to Freedom: A History of American Negroes,* Chicago 1956.

Killian, Lewis A. und Smith, Charles V., *Negro Protest Leaders in a Southern Community,* in: *Social Forces,* 1960, Bd. 38, S. 253-257.

Ladd, Everett Caryll, *Negro Political Leadership in the South,* Ithaca, N. Y., 1966.

Moynihan, Daniel P., *The Negro Family: The Case for National Action,* Washington 1965.

Silberman, Charles E., *Crisis In Black and White,* New York 1964.

U. S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics, *The Negroes in the United States: Their Economic and Social Situation, June 1966,* Washington 1968.

U. S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics, *Recent Trends in Social and Economic Conditions of Negroes in the United States, July 1968.* Washington 1969.

U. S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics, *Social and Economic Conditions of Negroes in the United States, October 1967,* Washington 1967.

U. S. National Advisory Commission on Civil Disorders, *Report of the National Advisory Commission on Civil Disorders.* New York 1968.

Bachrach, Peter, *Non-decision-Making and the Urban Racial Crisis,* unveröff. Manuskript, vorgelegt auf der Tagung der American Political Science Association, 1969.

Bibby, John Franklin, und Davidson, Roger H., *On Capitol Hill: Studies in the Legislative Process,* New York 1967.

Boone, Richard W., *Reflections on Citizen Participation and the Economic Opportunity Act,* unveröff. Manuskript für die Konferenz der National Academy of Public Administration in Warrington, Virginia, 23.-25. April 1970.

Cobb, Paul, *Muleskinners Democratic Club,* unveröff. Manuskript des Oakland Black Caucus, Oakland, California, 7. Mai 1970.

Donovan, John C., *The Politics of Poverty,* New York 1967.

Fleming, Harold C., *The Federal Executive and Civil Rights: 1961-1965,* in: *Daedalus,* Herbst 1965, Nr. 94, S. 921-948.

Glazer, Nathan, *Why Are the Poor Still With Us? Paradoxes of American Poverty,* in: *Public Interest,* Herbst 1965, Nr. 1, S. 71-81.

Gosnell, Harold, *Machine Politics: Chicago Model,* Chicago 1937.

Graham, Elinor, *The Politics of Poverty,* in: Ben B. Seligman (Hrsg.), *Poverty as a Public Issue,* New York 1965.

Graham, Elinor, *Poverty and the Legislative Process,* in: Ben B. Seligman (Hrsg.), *Poverty as a Public Issue,* New York Free Press 1965.

Hallman, Howard W., *Federally Financed Citizen Participation,* unveröff. Manuskript für die Konferenz der National Academy of Public Administration in Warrington, Virginia, 23.-25. April 1970.

Kramer, Ralph M., *Participation of the Poor: Comparative Case Studies in the War on Poverty,* Englewood Cliffs, N. J., 1969.

Levitan, Sar A., *The Great Society's Poor Law: A New Approach to Poverty,* Baltimore 1969.

Marris, Peter, und Rein, Martin, *Dilemmas of Social Reform: Poverty and Community Action in the United States,* New York 1967.

Maryland State Department of Public Welfare, *A Report on Caseload Increase in the Aid to Families with Dependent Children Program, 1960-66,* Baltimore 1967.

Moynihan, Daniel P., *The Professionalization of Reform,* in: *Public Interest,* Herbst 1965, Nr. 1, S. 6-16.

Moynihan, Daniel P., *What Is Community Action?,* in: *Public Interest,* Herbst 1966, Nr. 5, S. 3-8.

Moynihan, Daniel P., *Maximum Feasible Misunderstanding: Community Action in the War on Poverty,* New York 1969.

Piven, Frances Fox, Participation of Residents in Neighborhood Community Action Programs, in: *Social Work,* Januar 1966, Bd. 11, S. 73-80.

Piven, Frances Fox, *Professionalism As a Political Skill: The Case of a Poverty Program,* in: *Personnel in Anti-Poverty Programs: Implications for Social Work Education,* New York 1967a.

Piven, Frances Fox, *The Demonstration: A Federal Strategy for Local Change,* in: George Brager und Francis Purcell (Hrsg.), *Community Action Against Poverty: Notes from the Mobilization Experience,* New Haven 1967b.

Piven, Frances Fox, *Dilemmas in Social Planning: A Case Inquiry,* in:

Social Service Review, 1968, Nr. 42, S. 197-206.

Piven, Frances Fox, *The Great Society as Political Strategy,* in: *Columbia Forum,* Sommer 1970, Bd. XIII, Nr. 2, S. 17-22.

Piven, Frances Fox, *Federal Intervention in the Cities: The New Urban Programs as a Political Strategy,* in: Erwin Smigel (Hrsg.), *Handbook on the Study of Social Problems,* Chicago.

Raab, Earl, *A Tale of Three Wars: (3) What War and Which Poverty?* in: *Public Interst,* Frühjahr 1966, Nr. 3, S. 45-56.

Schlesinger, Arthur M., Jr., *A Thousand Days,* Boston 1965. (Deutsch: *Die Tausend Tage Kennedys,* Darmstadt–Berlin–Wien 1966.)

Strange, John H., *The Politics of Protest: The Case of Durham,* unveröff. Manuskript für die Tagung der Southern Political Science Association in Gatlinburg, Tennessee, November 1968.

Strange, John H., *Community Action in North Carolina: Maximum Feasible Misunderstanding? Mistake? Or Magic Formula?* Unveröff. Manuskript für die Tagung der Southern Political Science Association in Miami, Florida, November 1969.

Sundquist, James L., *Origins of the War on Poverty,* in: James L. Sundquist (Hrsg.), *On Fighting Poverty,* New York (Hrsg.), 1969.

U. S. House of Representatives, *Economic Opportunity Act of 1964.* Hearings vor dem Subcommittee on the War on Poverty Program des Committee on Education and Labor, 88. Kongreß, 2. Sitzungsperiode, 17. März 1964. Washington 1964.

U. S. Office of Economic Opportunity, *Community Action Workbook,* Washington 1965.

White, Theodore H., *The Making of the President 1960,* New York 1961.

Wofford, John G., *The Politics of Local Responsibility: Administration of the Community Action Program – 1964-1966,* in: James L. Sundquist (Hrsg.), *On Fighting Poverty,* New York 1969.

Yarmolinsky, Adam, *The Beginnings of OEO,*in: James L. Sundquist (Hrsg.), *On Fighting Poverty,* New York 1969.

Kapitel 10

Cloward, Richard A., und Elman, Richard M., *The Storefront on Stanton Street: Advocacy in the Ghetto,* in: George A. Brager und Francis P. Purcell (Hrsg.), *Community Action Against Poverty: Readings From the Mobilization Experience,* New Haven 1967.

Cloward, Richard A., und Epstein, Irwin, *Private Social Welfare's Disengagement From the Poor: The Case of Family Adjustment Agencies,* Buffalo 1965.

Cloward, Richard A., und Piven, Frances Fox, *A Strategy to End*

Poverty, in: *Nation*, 2. Mai 1966, Nr. 202, S. 510-517.

Elman, Richard M., *The Poorhouse State: The American Way of Life on Public Assistance*, New York 1966.

Gosnell, Harold F., *Negro Politicians: The Rise of Negro Politics in Chicago*, Chicago 1935.

Levitan, Sar A., *The Great Society's Poor Law: A New Approach to Poverty*, Baltimore 1969.

Marris, Peter, und Rein, Martin, *Dilemmas of Social Reform: Poverty and Community Action in the United States*, New York 1967.

Maryland State Department of Public Welfare, *A Report on Caseload Increase in the Aid to Families With Dependent Children Program, 1960-66*. Baltimore 1967.

Moynihan, Daniel P., *Maximum Feasible Misunderstanding: Community Action in the War on Poverty*, New York 1969.

Reich, Charles A., *The New Property*, in: *Yale Law Journal*, 1964, Nr. 73, S. 733-787. (Deutsch: *Das neue Eigentum*, in: *Zeitschrift für Sozialreform*, 1975, S. 263-278, 321-369.)

ten Broek, Jacobus, *California's Dual System of Family Law: Its Origin, Development, and Present Status, Berkeley 1965. University of California (Department of Political Science), 1965. (Reprint Series No. 23.)*.

U. S. Advisory Commission on Intergovernmental Relations, *Intergovernmental Relations in the Poverty Program*, Washington 1966.

U. S. Department of Health, Education and Welfare, *The Administration of Aid to Families With Dependent Children in New York City, November 1968-February 1969*. Gemeinsamer Bericht des United States Department of Health, Education and Welfare und des New York State Department of Social Services, Washington, 1969.

U. S. House of Representatives, *Economic Opportunity Act of 1964*. Hearings vor dem Subcommitee on the War on Poverty Program des Commitee on Education and Labor, 88. Kongreß, 2. Sitzungsperiode, 17. März 1964. Washington 1964.

U. S. House of Representatives, *Examination of the War on Poverty Program*. Hearings vor dem Subcommittee on the War on Poverty Program des Committee on Education and Labor, 89. Kongreß, 1. Sitzungsperiode in Washington, D. C., April 1965. Washington 1965.

U. S. Senate, Committee on Appropriations, *District of Columbia Appropriations for Fiscal Year 1968*. Hearings vor einem Unterausschuß des Committee on Appropriations, 90. Kongreß, 1. Sitzungsperiode, über H. R. 8569. Washington 1967 (Teil II: Federal Obligations, Loans and Interest, Public Welfare, Vocational Rehabilitation).

Welfare rights pamphlets, in: *Inside ACLU*, 3. März 1969, S. 1.

Yarmolinsky, Adam, *The Beginnings of OEO*, in: James L. Sundquist (Hrsg.), *On Fighting Poverty*, New York 1969.